Alhambra

zeitung und programm

DE
ZEM
BER
`03

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

3 **Es ist Castorzeit ...**
Bericht vom letzten Castor

4 **alle fürs ganze**
Dass der Widerstand gegen den Sozialabbau bisher so gering war, hängt mit der deutschen Ideologie zusammen

7 **Solidarität mit „Florida-Rolf" !**
1.Fluchschrift des AK Sportlicher Kommunismus

9 **Wissen - Macht - Spass**
Das Archiv meldet sich zu Wort

9 **Geld oder Stuhl**
Alhambra-Spendenaufruf

10 **'Endlich nicht mehr fremd im eigenen Land'**
mia macht auf deutsch

14 **Die Katze & die Ratte**
Zum Verständnis politischer Gewalt im postkolonialen Afrika

19 **Afrika-Veranstaltungsreihe**

20 **Illegalisierung bedeutet Entrechtung**
Migrantinnen in Deutschland gehen in die Offensive und fordern Rechte ein

23 **Kiralina needs your money**

23 **SchülerInnenbündnis**

24 **M - eine Stadt sucht die Mörder**
Raus gegen die NATO-Kriegskonferenz am 6.-8. Feb. 04 nach München!

27 **Rechtshilfe-comix**
teil 4

ACHTUNG:
Getränkepreis-Erhöhung

Passend zur Agenda 2010 wollen auch die Brauereien mal wieder mehr Geld von uns. Da es dem ALHAMBRA leider nach wie vor finanziell wenig rosig geht, musste das NutzerInnen-Plenum die Getränkepreise erhöhen. Beck`s, Jever und auch Wein kosten nun 10 Cent mehr - also 1,70 Euro. Um weiterhin ein Recht auf Rausch zu gewährleisten, gibt es nun ein neues Bier, das sagenumwogene „Stände-Pils" für solide 1.20 Euro.

Es ist Castorzeit ...

Auch der 8. Castortransport ins sogenannte „Zwischen"lager für atomare Abfälle nach Gorleben stiess wieder auf vielfältigen, bunten und entschlossenen Widerstand.

Die Auftaktdemonstration für den Widerstand wurde von über 6000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet besucht, doppelt soviele wie von Polizei und VeranstalterInnen erwartet. Am Sonntag abend verliess der Castor, begleitet von Protesten in Frankreich und ganz Deutschland, die Plutoniumfabrik / WAA in La Hague. In der Nacht gelang es hinter Luneville einem Franzosen und einem Wendländer, sich im Gleisbett festzuketten. Der Castorzug erreichte nach stundenlanger Verzögerung durch weitere zahlreiche Blockade- und Ankettaktionen gegen 16h am Dienstag den Verladebahnhof in Dannenberg. Im Wendland wurde er dann erneut für mehrere Stunden aufgehalten, die Polizei räumte unter Gewaltanwendung Sitzblockaden. Es ist von über 70 (teilweise Schwer-)Verletzten die Rede.

Samstag, den 8.11

fand in Dannenberg bereits die tradionelle Auftaktdemonstration für den Widerstand gegen den Castortransport statt [viele Bilder, Bericht]. Sie wurde von über 6000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet besucht - das sind mehr als letztes Jahr, und doppelt soviele wie von Polizei und VeranstalterInnen erwartet. Die Bäuerliche Notgemeinschaft beteiligte sich mit knapp 200 Traktoren an den Protesten. Gleichzeitig wurden Camps und Infopunkte in Lüneburg, Hitzacker, Metzingen, Splietau etc bezogen (Übersicht). Auch am Samstag hielten 12 AktivistInnen (wie schon in der Woche davor) einen Förderturm der Endlagerbaustelle in Gorleben besetzt und verliessen ihn freiwillig nach 12 Stunden wieder. Weitere Aktionen: Rallye Monte Göhrde, Trecker-Besetzungen, ...

Sonntag, den 9.11.

hat Der Castorzug um 19.40h die Plutoniumfabrik im französichen LaHague verlassen.

Montag den 10.11

überfuhr der Castor mit dreieinhalbstündiger Verspätung die Grenze bei Lauterbourg: Ein Franzose und ein Wendländer hatten sich bei Luneville(F) an die Gleise gekettet. Auch in Jagstfeld bei Heilbronn wurde der Castorzug durch eine weitere Blockade an einem geschickt gewählten Ort weitere 2 Stunden aufgehalten [Presseschau]. Auch in vielen anderen Orten an der Castorstrecke (oder an potentiellen Alternativstrecken) kam es zu Protestaktionen, so in Maximiliansau, Bissingheim, Wörth, Fulda, Marburg, Kassel.

Auch in Lüneburg und in Wendland bereitete man sich auf den Castortransport vor. In Lüneburg machten am Montag morgen CastorgegnerInnen unter dem Motto „Fit für den Castor" Frühsport auf Kreuzungen. Es kam zu einem Verkehrschaos. Im Anschluß daran fand eine Ralley durch die Innenstadt statt.

Am Nachmittag gab es eine lautstarke AntiCastor Demonstration mit mehr als 2500 TeilnehmerInnen durch Lüneburg. Am Abend von ein Laternenumzug gegen den Castor statt.

In Gusborn (Wendland) feiern circa 1000 potentielle BlockiererInnen eine Party mit Treckern & Trommeln. Die Strassenparty in Gusborn wurde nachts noch geräumt.

Auch abseits der Transportstrecke gab es Protestaktionen, so in Darmstadt, Berlin oder an einigen Bahnstrecken.

Ereignisse am Dienstag und Mittwoch früh

Der Castorzug fuhr weiter über Kassel, Göttingen, Hannover, Celle nach Lüneburg. In Lüneburg versammelten sich am Morgen ca. 50 Leute im Bahnhof. Im Anschluß wurde vor dem Bahnhof ein Kessel gebildet und einzelne Leute mitgenommen.

Auf dem letzten Abschnitt der Schienenstrecke von Lüneburg nach Dannenberg kam es zu zahlreichen Aktionen. In Rohrstorf blockierten etwa 100 Menschen die Gleise. Die Polizei wurde von der Aktion völlig überrascht. Die BlockierInnen wurden danach recht ruppig in die Gewahrsamsstelle Neu-Trammen gebracht. Auch andernorts kam es zu Polizeiübergriffen, manchmal wurden PressevertreterInnen angegriffen.

In Tangsel in der Göhrde gelang es zwei AktivistInnen, sich an den Gleisen festzuketten. An mehreren Stellen wurde auch die Bundesstraße von Lüneburg nach Dannenberg für die nachrückenden Polizeifahrzeuge blockiert. In und um Harlingen gelang es einigen hundert Menschen auf und an die Schienen zu kommen, bis sie von der Polizei mit Pferdeunterstützung abgedrängt wurden. Auch an der Straßenstrecke fanden Blockaden, Demonstrationen und Brauchtumsveranstaltungen (Karnevalsumzüge) statt, so z.B. in Dannenberg am Roadhouse, Splietau, Langendorf oder Gusborn. Die nördliche Straßenstrecke wurde bei zwischen Langendorf und Quickborn durch eine manipulierte Wasserleitung unterspült. Um 16.30 dann erreichte der Zug den Verladebahnhof in Dannenberg. Dort versammelten sich noch einmal ca. 2500 zu einer Anti-Castor-Kundgebung.

WiderSetzen!

An drei Orten, die der Castor-Transport durchqueren könnte, fanden drei große Sitzblockaden statt.

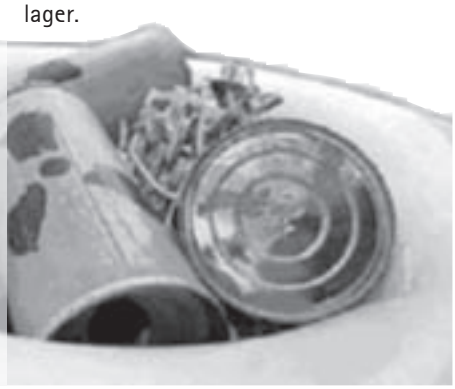
Während der Beton der unterspülten Straße in der Nähe noch aushärtete, harrten ca. 70 AktivistInnen in Langendorf (an der nördlichen Route) auf der Straße aus. Bereits um 22 Uhr räumt die Polizei, nimmt Leute in Gewahrsam und umstellt später die Kirche des Ortes, in der sich noch einige Personen aufhalten.

Währenddessen gelangten immer mehr Atomenergie-Gegner nach Gusborn und Grippel, obwohl die Polizei versuchte, alle Zufahrtsstraßen abzuriegeln.

Im total abgeriegelten Gusborn an der Südroute wurde die Straße von Treckern und ca. 600 Personen blockiert.

Grippel und Laase musste vom Castor in jedem Fall durchquert werden. Nachdem sich dort ca. 500 Personen zusammenfanden, kesselte die Polizei beide Dörfer komplett ein. Um 2:30 begann die Polizei mit der Räumung von Grippel und Laase. **Der Transport konnte mit den Sitzblockaden um weitere Stunden aufgehalten werden.**

4 Uhr: Der Castor rollt wieder Gegen 3:20 Uhr war die Strecke für den Castor frei. Der Transport verließ Dannenberg, um 5:30 Uhr erreichte der letzte Behälter das Zwischenlager.



alle fürs ganze

Dass der Widerstand gegen den Sozialabbau bisher so gering war, hängt mit der deutschen Ideologie zusammen und mit der Verklärung der Arbeit.

von andreas baumgart

Jungle World ··· 46/2003

In Deutschland dominiert seit jeher die soziale Konfliktverwaltung entweder von oben über den Staat oder über korporative bzw. sozialpartnerschaftliche Bündnisse, die den Staat mit einbeziehen. Die viel zitierte Metapher vom Vater Staat drückt das treffend aus.

Die antiautoritäre Jugend- und Studentenbewegung in der BRD, die in der Folge eintretende Demokratisierung und Liberalisierung des Denkens und eine zeitweise offensiver auftretende Gewerkschaftsbewegung beförderten in Teilen der Bevölkerung ein selbstbewussteres und autonomeres Bürgerverständnis, das aber nie hegemonial wurde.

Die eine Zeit lang in die Defensive gedrängte deutsche Ideologie, die auf der Annahme einer deutschen Schicksalsgemeinschaft und einer deutschen Rasse basiert, begann sich Ende der achtziger Jahre wieder verstärkt zu manifestieren. Deutlich zeigte sich dies u.a. an einer immer offener ausgedrückten Ausländerfeindlichkeit, an rassistischen und antisemitischen Aktivitäten und den intensivierten Versuchen, sozialökonomische Probleme im Rahmen korporativer Bündnisse zu lösen.

Dann brach mehr oder weniger unerwartet die DDR zusammen, und die Vereinigung beider deutschen Staaten nahm ihren Lauf. Sie stellte eine dramatische Zäsur dar, Willy Brandt formulierte die von der großen Mehrheit der Deutschen geteilte Prämisse: »Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.«

Warum gehörte das zusammen? Die Formel setzt eine deutsche Volksgemeinschaft oder eine deutsche Rasse voraus, die qua Schicksal oder biologischer Identität zusammen gehöre. Die in der ehemaligen BRD erstarkten völkischen Tendenzen gingen eine verhängnisvolle Symbiose mit denjenigen in der DDR ein. Die DDR war ein Korporativstaat par exellence, in dem Autoritätsgläubigkeit, Untertanengeist und Deutschtümelei vorherrschten. Die Pflege des deutschen Brauchtums (des angeblich historisch guten Deutschlands) rangierte an oberster Stelle, drapiert mit einer völkerfreundschaftlichen, internationalistischen Rhetorik.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten avancierte das volksgemeinschaftliche Gedankengut rasch zum hegemonialen, und selbst Menschen, die man für autonomere Bürger gehalten hat, kennen inzwischen nur noch ein Anliegen: den Standort Deutschland zu sichern. Den mit der Vereinigung angewachsenen sozioökonomischen Problemen wird so begegnet, wie es einer völkischen Schicksalsgemeinschaft zu Gesicht steht: Statt Rechte zu verteidigen, werden ideologische und praktische Angriffe gegen als Volksschädlinge identifizierte Menschen wie AusländerInnen, AsylbewerberInnen, MigrantInnen, Deutsche dunklerer Hautfarbe, Menschen jüdischen oder moslemischen Glaubens, Arbeitslose oder SozialhilfeempfängerInnen geführt. Neben Österreich ist es in keinem anderen Land so rasch gelungen, Begriffe wie Ausländer, Asylant oder Sozialhilfeempfänger in Schimpfwörter zu verwandeln. Aber auch bei den politischen Kräften, die von sich behaupten, diesem Treiben kritisch gegenüberzustehen, steht das deutsche Gemeinschaftsdenken im Mittelpunkt. Ob die Grünen, die PDS, die Jusos, die Gewerkschaften oder soziale Verbände, alle möchten Verantwortung für Deutschland übernehmen, wollen dem deutschen Volk dienen.

Und nicht zuletzt scheint eine weit verbreitete Eigenart die Mehrheit der Deutschen an der Wahrnehmung ihrer persönlichen sozialen Interessen zu hindern: Glückshormone werden immer dann ausgeschüttet, wenn man Lob für sein braves Verhalten oder seine Leidensfähigkeit (etwa in Form unbezahlter Arbeitsstunden) einheimst, und nicht, wenn man sich gegen Ungerechtigkeiten wehrt. Im Kontext dieser Restauration der deutschen Schicksalsgemeinschaft setzt sich reibungslos die größte Vermögensumverteilung der deutschen Nachkriegsgeschichte durch. So viel zur deutschen Besonderheit.

Nun zu den systembedingten Ursachen. Der »kleine Mann« denkt wie der »große Mann«. Fragt man einen Arbeiter oder Angestellten, was er täte, wenn er plötzlich zu Vermögen käme oder gar selbst der Chef wäre, lautet die Antwort: »Genau das Gleiche wie mein Chef.« Diese Antwort ist letzten Endes der seltsamen Verkehrsform geschuldet, in der sich zwischenmenschliche Beziehungen auf Basis des Tauschs in Geld verdinglichen und ein entsprechendes verallgemeinertes verdinglichtes Bewusstsein erzeugen. Die AgentInnen des Tauschs, die BürgerInnen, denken unabhängig von ihrer jeweiligen sozialen Stellung in den gleichen Kate-

gorien der Anschauung. Der Tausch und die Aufspaltung der Gesellschaft in verschiedene voneinander getrennten Sphären wie Staat, Arbeit, Freizeit, Erziehung, Familie, Politik, Ökonomie, Wissenschaft usw. gelten dem bürgerlichen Bewusstsein als unabänderliche und nicht hintergehbare Naturphänomene. Ob in der Charaktermaske des Arbeiters oder des Kapitalisten steckend, die BürgerInnen interessiert, wie sie in den Besitz des Geldes kommen, und nicht, in welche Zwangsjacke sie wegen des Warentauschs eingeklemmt sind.

Im Prinzip zermartern sich die Lohnabhängigen mit den gleichen ideologischen Vorstellungen über die gesellschaftlichen Verhältnisse den Kopf wie die politischen und ökonomischen EntscheidungsträgerInnen auch.

Dass einige ökonomisch dabei besser abschneiden als andere, mag Neid und ab und an Verteilungskonflikte mit sich bringen, rührt aber nicht an dem prinzipiellen Verständnis für die Nöte und Zwänge, denen auch die KapitalbesitzerInnen ausgesetzt sind.

Lohn- und GehaltsempfängerInnen akzeptieren, dass rationalisiert werden muss, wenn das Unternehmen konkurrenzfähig bleiben soll, und sind zu jedem Verzicht bereit, wenn es dem Ganzen dient. Selbst für den eigenen Rausschmiss, der zur Sicherung der Firmenexistenz erfolgt, haben sie im Prinzip Verständnis. Es wäre ihnen nur lieber, wenn es jemand anderen träfe.

Dieses Denken bildet die Grundlage für den breiten gesellschaftlichen Konsens, der in den kapitalistischen Zentren vorherrscht. Das moderne demokratische Bewusstsein ist Ausdruck des zu sich gekommenen warenförmigen Denkens, das seine eigenen Schranken nicht einmal mehr erkennen kann und sich deshalb jede Lösung sozialer Probleme nur auf der Basis von Arbeit und Geld im Rahmen eines so genannten Wirtschaftswachstums vorstellen kann. Deshalb sieht es, trotz gewisser Unterschiede von Land zu Land, im Prinzip überall gleich düster und perspektivlos aus.

Auch in Deutschland gibt es natürlich Kritik. In den Gewerkschaften, auch am Rand der etablierten Parteien, in den Kirchen und Sozialverbänden richtet sie sich gegen die Verteilung des monetären Reichtums. Die Reichen sollen mehr abgeben, sie sollen endlich Verantwortung für Deutschland übernehmen, die Gehälter der Manager seien zu hoch, die Sozialhilfe zu niedrig usw. Doch ist es die Aufgabe einer systemkritischen Linken, eine radikale ökonomistische Bewegung in Deutschland voranzutreiben? Soll sie ArbeiterInnen, die auf ihr Geld verzichten möchten, dazu überreden, dies nicht zu tun? Ich glaube nicht.

Die wichtigste Aufgabe besteht darin, die gängigen Illusionen über die Erfolgsaussichten der Umverteilungskämpfe zu kritisieren und gleichzeitig eine Kritik am warenförmigen System zu üben, die diesen Namen auch verdient. Das heißt, es geht nicht einfach um ein Revival des traditionellen Marxismus bzw. der unterschiedlichen Ismen, die nicht ohne Grund untergegangen sind. Bisher stand mehrheitlich die ungerechte Verteilung monetären Reichtums und nicht die Kritik an den wichtigsten Fetischen des Kapitalverhältnisses, wie des Geldes (des Tauschs) und der Arbeit im Vordergrund.

Nicht die mangelnde Warenproduktion

und die ungerechte Verteilung des Geldes plagen vorrangig die kapitalistischen Zentren, sondern die Folgen der mikroelektronischen Revolution. Diese hat eine Epoche der unaufhaltsamen Reduzierung menschlicher Arbeitskraft in allen Sphären der Produktion und Verteilung eingeleitet und damit auch der Produktion des Mehrwerts. Das traditionelle linke Denken bleibt aber nach wie vor der bürgerlichen »Illusion des freien Willens« (Marx) verhaftet und meint, Arbeit, Geld, Wissen usw. seien frei disponible Größen, die bei entsprechendem Willen so oder so beinflussbar wären. Die vom System erzeugten Sachzwänge fallen dabei unter den Tisch.

Durch die Arbeit wird unablässig ein entfremdetes Dasein perpetuiert. Sie bedeutet permanente (Selbst-) Disziplinierung, Zwang zur Zeitrationalität im Sekundentakt, Unterwerfung unter fremden Befehl, instrumentelle Reduktion des Denkens und des körperlichen Ausdrucks, Angst und Konkurrenzdenken. Die Freizeit, das Ergebnis der Aufteilung der Tätigkeiten in getrennte Sphären, ist nur ein Mittel zur Regeneration der Arbeitsfähigkeit.

Die Verhaltensweisen und Denkmuster in der Arbeitswelt, gekoppelt an die des Tauschs, werden nicht nur in die Freizeit hineingezogen, sondern bestimmen das gesamte Alltagsleben bis hin zur Sexualität. Die Arbeit ist der universelle und schillerndste Fetisch des Kapitaverhältnisses: Sie kann Strafe, Erfüllung, Drohung, Freude, Todeswerkzeug, Elendsbringer, Krankmacher, Versprechung, Mühsal, Identität, Daseinsberechtigung und Fluch sein.

Der eigentliche Skandal ist nicht der Mangel an Arbeit, sondern die Lebensweise, die die Arbeit aufzwingt. Die Linke sollte sich neben der Kritik der Funktionsweise des Systems und dem notwendigen Kampf gegen bestimmte Auswirkungen vorrangig damit befassen, welche Perspektiven sich einer Gesellschaft ohne Arbeit und Tausch vor dem Hintergrund der existierenden materiellen und geistigen Produktivkräfte eröffnen würden.

Was hieße das für die Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen, welche Tätigkeiten würden im Vordergrund stehen, wie könnten sie aussehen?

Doch solche Überlegungen werden gescheut. Woher rührt diese panische Angst?

Der Text ist eine überarbeitete Fassung des Vortrags, den Baumgart bei der Veranstaltung der Jungle World »Work hard, die young« im Oktober 2003 in Hamburg hielt.

Solidarität mit „Florida-Rolf"!

1.Fluchschrift des AK Sportlicher Kommunismus

Ein Leben unter Palmen? Auf Kosten des deutschen Staates? Als wir das hörten, haben wir die Koffer gepackt und dachten „Auf nach Florida! Möge die Sonne mit uns sein!". Nun hat uns die doofe Sozialministerin Ulla Schmidt einen Strich durch die Rechnung gemacht und wir bleiben vorerst hier. Aber nicht ohne ein paar Worte zur Ideologie des Sozialneids und dem Sozialstaat deutscher Prägung zu verlieren.

„Deutschland ist ein so schönes Land, dass man lieber außerhalb seiner Grenzen lebt" (Der Exilant Karl Marx zu seiner Cousine Antoinette Philips, als diese ihn zu Patriotismus befragte)

Die Geschichte ist schnell erzählt. Rolf John, deutscher Staatsbürger, ist Sozialhilfeempfänger und hat Glück im Unglück: „Per Gerichtsurteil ist das niedersächsische Landessozialamt zur Wohngeldzahlung nach Florida verpflichtet worden. Allerdings mit Einschränkungen und unter Rücksicht auf eine Notlage des Empfängers. Das niedersächsische Landessozialamt muss einem in Florida lebenden psychisch kranken [euphemistische Formulierung für nichtverwertbares Menschenmaterial; Anm. AK] Deutschen vorerst 875 Dollar Miete für dessen Wohnung in Miami zahlen. [...] Dem Rentner, dem unstreitig Hilfe zum Lebensunterhalt zustehe, sei wegen seiner unheilbaren Depression nicht zuzumuten, zurück nach Deutschland zu ziehen." (Netzeitung 15.8.03) Dem nationalen Arbeitswahn entrinnen und unter Palmen statt schlechter deutscher AntiDepressiva einzuwerfen, den einen oder anderen Cocktail (so viel Raum lässt die Stütze ja nun dummerweise auch nicht) zu schlürfen, können wir einiges abgewinnen! So aber nicht der gemeine Nationalist, die BILD-Zeitung, auch nicht die Wochen-BILD für Abiturienten und aufwärts: Der Spiegel und selbstverständlich darf die politische Demokraten-Elite in der Diskussion nicht fehlen. Sie blasen vereint zur Hetzjagd gegen diejenigen, die sich den wichtigsten drei nationalen Vorgaben, „Schnall den Gürtel enger - für die Nation! Verzichte und gehorche - für die Nation! Hasse die, die davon abweichen und an einem schönen Leben festhalten!" widersetzen.

Sozialneid - Exekution nationaler Befindlichkeiten an Volksschädlingen

Und auf geht's: „Sozialhilfe unter Palmen wird es künftig nicht mehr geben." (Ulla Schmidt), „Er lacht uns alle aus." (BILD), „Schmarotzer" (Guido Westerwelle), Edmund Stoiber meint, es müsse Schluss sein, „mit dem süßen Leben unter Palmen auf Kosten des Steuerzahlers", „wirklich schlimmes Beispiel von Sozialmissbrauch" (Gerhard Schröder), „Exakt 1055 Deutsche lassen es sich, wie Rolf J., auf Kosten des Sozialamts im Ausland gut [sic!] gehen. Sie leben in Argentinien (199), Brasilien (140) oder Uruguay (84). Allein das Berliner Sozialamt unterstützt 160 Auswanderer, die Hälfte davon in der Schweiz. Dort sind die Hilfen, die ein Bedürftiger mit deutschem Pass bekommt, besonders üppig [sic!] ..."(Süddeutsche Zeitung) Weiterhin dürfen brave Deutsche in der BILD-Zeitung zeigen, wie hart sie für ihre 1900 Euro, die dem Betrag für Rolf John entsprechen, arbeiten müssen.

Denen, die keine Befehlsgewalt haben, soll es ebenso schlecht gehen wie dem Volk. Vom deutschen Beamten bis zu den Negern in Harlem haben die gierigen Nachläufer im Grunde immer gewußt, sie würden am Ende selber nichts davon haben, als die Freude, daß die andern auch nicht mehr haben. [...] Der eigentliche Gewinn, auf den der Volksgenosse rechnet, ist die Sanktionierung seiner Wut durch das Kollektiv. (Theodor W. Adorno / Max Horkheimer „Dialektik der Aufklärung")

Theo und Max haben hier Sozialneid als ein Element des Antisemitismus bestimmt unter dem Motto: „Wenn es mir scheiße geht, dann sollen die anderen erst recht beschissen dran sein!" Die „anderen" waren im Falle von Theo und Max die von den Nazis und anderen Antisemiten verfolgten Juden. Aber die Logik hinter diesem Schluss funktioniert ganz ohne Juden, weil sowohl der oben angedeutete wie der antisemitisch motivierte Sozialneid, also anderen kein schönes Leben zu gönnen, eine gemeinsame Grundlage haben: Nationalismus.
Dabei identifiziert der einer Nation unterworfene sein individuelles materielles Lebensinteresse komischerweise mit dem Interesse des Staates, meint, sein Interesse wäre im „Allgemeinwohl" gut aufgehoben. Der Untertan streicht sich selbst einmal komplett durch und ordnet sich blind den Verhältnissen unter, auch wenn sie ihm unmittelbar schaden. Denn das „Allgemeinwohl", das so erstrebenswerte, ist nichts weiter als das Interesse der Nation, die meisten Untertanen der prozessierenden Ökonomie, dem nationalen Kapital, verfüg- und verwertbar zu machen. Damit sind neben dem gewaltmäßigen Schutz von Freiheit und Eigentum und der Einrichtung eines ordentlich ausgestatteten Militärs, also weiterer Verfügbarmachung von Menschenmaterial zum Verheizen für´s Vaterland, die grundlegenden Bedingungen gelegt, um im Konzert der Nationen den Ton anzugeben. Der Einzelne ist dem ganzen Prozess nur das Material, das Mittel zum Zweck, aber nicht Zweck selbst.[1]

Ist der Einzelne erst einmal so weit, diesen unmittelbaren Schaden durch die Herrschaft gar nicht mehr wahrzunehmen, sondern bedingungslos zuaffirmieren, seine eigenen Interessen mit denen des nationalen Kollektivs zu identifizieren, dann liegt der nächste Schluss nahe: Diejenigen, die sich dem ganzen nationalen Taumel verweigern, sind Volksschädlinge und müssen sanktioniert werden. Wie Theo und Max richtig schrieben, richtet sich der Sozialneid an diejenigen, „die keine Befehlsgewalt haben". Wahrscheinlich – wir wissen es nicht genau, aber darauf kommt es nicht an – ahnt der eine oder andere Untertan durchaus, dass Staat und Kapital für den eigenen Schaden verantwortlich sind. Die Angst – die nichts entschuldigt! - vor der unmittelbaren Gewalt, also der Kündigung oder dem Knast/dem Knüppel/der Psychiatrie und der Fehlschluss, gegen diese Verhältnisse nicht opponieren zu können, lässt den sozialneidischen Deppen zu dem oben beschriebenen Ergebnis kommen, sich an wehrlo-

sen Personen abzuarbeiten. Die tun einem ja nichts, haben „keine Befehlsgewalt". Der Witz dabei – und wieder der Rekurs auf Max und Theo: Sie haben nix davon, außer der perfiden Freude, „daß die andern auch nicht mehr haben". Die
Verhältnisse, die die Sozialneider täglich schädigen, sind die gleichen und der Schaden wird nicht weichen, wird der ganze Schlamassel nicht einmal zugunsten einer Gesellschaft, die an Bedürfnisbefriedigung und nicht an Verwertung orientiert ist, umgekrempelt.
Die herrschenden Demokraten nehmen solche Einstellungen ihrer Untertanen natürlich mit Freude auf, reproduzieren sie gar, falls sie nicht sowieso schon so weit waren. Sie haben es zwar nicht nötig, sich solch plumpem Ressentiment hinzugeben, denn sie haben genug, um in diesen Verhältnissen klarzukommen. Andererseits sind sie es ja gerade, denen das Wohl der Nation so am Herzen liegt, also muss an Beispielen wie dem von Rolf John aufgezeigt werden, dass so ein Verhalten nicht erwünscht ist und Nachmachen schädlich ist.[2] „Wo kämen wir denn hin, wenn alle so...!" hört man regelmäßig aus deren Munde. Dafür haben sie auch ein nettes repressives Instrumentarium:

Der Sozialstaat – unangenehme Zwangsverwaltung und Überwachung der sozial Depravierten[3]

Egal, wie man den Sozialstaat bestimmt, ob historisch oder logisch, eines kann festgestellt werden: Ein schönes Leben für die „Begünstigten" sollte er nie gewährleisten. Er hatte immer repressiven Charakter. In Deutschland bedeutete seine Einführung durch Bismarck beispielsweise ein Zuckerbrot gegen die Verelendung der Arbeiter, die in ihrer erstarkenden Bewegung anfingen, zu revoltieren. Das Zuckerbrot ging allerdings einher mit der Peitsche der Sozialistengesetze, dem Verbot sozialdemokratischer Umtriebe. Summasummarum war die Einführung von Arbeitslosenversicherung usw. also die Gewinnung der Kontrolle des beherrschten-ausgebeuteten Menschenmaterials.
Daran hat sich heute nichts geändert. EinMensch hält´s Maul, wenn er es gestopftkriegt, und wenn es der konservierungsstoffverseuchte Mist aus´m Lidl ist, denman für Lebensmittelgutscheine bekommt. Wer nicht arbeitet, soll zwar essen, aber eben nur das für die Neger bestimmte. Dafür muss man sich allerdingseiniges an Überwachung und Drangsalegefallen lassen. Man muss sich abmelden,wenn man Deutschland verlässt, regelmäßig beim Amt antanzen, scheiß Jobs annehmen oder eine bestimmte Anzahl (abgelehnter) Bewerbungen vorweisen.Klappt das alles nicht, kann es schoneinmal vorkommen, dass man keine „Zuwendungen" mehr erhält und auf der Straße verreckt.[4]

Zudem hat der Sozialstaat noch einen anderen Vorteil für die Nation: Menschliche Arbeitskraft, die brach liegt, könnte durchaus wieder später gebraucht werden, und wenn es nur zum Verheizen im nächsten Krieg reicht. Sicher ist es in dieser unvernünftigen Produktionsweise zwar nie, dass wieder Arbeit gebraucht würde. Es wäre allerdings eine dumme Sache, würden in einer solchen Situation nur Gerippe und Kranke zur Verfügung stehen. Um erstens also sozialem Protest vorzubeugen, zweitens die sozial Depravierten unter Kontrolle zu halten und drittens das kontrollierte Menschenmaterial verwertbar zu erhalten, ist es – so ein Staat über die notwendigen Ressourcen verfügt – sinnvoll, gewisse sozialstaatliche Existenzminima zu schaffen. Der Sozialstaat ist also ein Korrektiv zu den Auswirkungen kapitalistischer Vergesellschaftung.

Der Fabrikant hat seine Schuldner, die Arbeiter, in der Fabrik unter den Augen und kontrolliert ihre Gegenleistung, ehe er noch das Geld vorstreckt. Was in Wirklichkeit vorging, bekommen sie erst zu spüren, wenn sie sehen, was sie dafür kaufen können: der kleinste Magnat kann über ein Quantum von Diensten und Gütern verfügen wie kein Herrscher zuvor; die Arbeiter jedoch erhalten das sogenannte kulturelle Minimum. Nicht genug daran, dass sie am Markt erfahren, wie wenig Güter auf sie entfallen, preist der Verkäufer noch an, was sie sich nicht leisten können. Im Verhältnis des Lohns zu den Preisen erst drückt sich aus, was den Arbeitern vorenthalten wird. (Theodor W. Adorno / Max Horkheimer aaO)

Was offenbar fast niemanden mehr hinter dem Ofen hervorlockt, ist die Tatsache, dass so ein Sozialstaat überhaupt existiert. Die Frage anders gestellt: Was ist das eigentlich für eine komische Gesellschaft, in der Menschen täglich gucken müssen, dass sie nicht unter die Räder kommen? Theo und Max haben das in dem Zitat deutlich gesagt: In einer Gesellschaft, deren ökonomisches Verhältnis der Menschen zueinander die Ausbeutung und Verwertung von Arbeitskraft einschließt, deren zentrales Moment also die Verwertung von angeeigneter Mehrarbeit und nicht Bedürfnisbefriedigung des Einzelnen ist, wird es Verarmung immer geben, eben weil die Menschen nur Mittel und nicht Zweck der Veranstaltung sind.

Dann eben nur Ostsee und Dünen...

...statt Palmen und dem Strand von Miami. denn die Ulla Schmidt will mit ihrer vorgestellten Reform der Sozialhilfe im Ausland solche Situationen wie die von Rolf John zukünftig unterbinden. Und so wird es wohl noch eine Weile dauern, bis wir die Palmen von Miami begutachten können. Stattdessen bleibt ein Äquivalent z.B. im Nordosten Deutschlands, wo es zwar nicht immer schönes Wetter gibt, neonazistische Kahlköpfe den einen oder anderen Strand unsicher machen und die Cocktails zu teuer sind. Immerhin können wir vielleicht beim Wellenrauschen der Ostsee von dem Ende des oben beschriebenen Wahnsinns träumen.

AK Sportlicher Kommunismus
11.9.2003

Der AK Sportlicher Kommunismus ist dem Sozialreferat des Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der FU Bern nahestehend und bei dessen „Aktuellen Analysen" zur Hochschulpolitik beratend aktiv. Weitere Fluchschriften und Projekte sind in Planung. Der AK ist unter akspoko@x-berg.de für Kritik, Fragen, Anregungen zu erreichen.

Anmerkungen:
[1] Man möge uns die etwas verkürzte Darstellung dieses Gegenstandes an dieser Stelle verzeihen. In der letzten Analyse des Sozialreferats des AStA FU „Über Nation, Gewalt und was Studierende damit zu tun haben" wurde ausführlich dazu Stellung genommen. Vgl. http://www.astafu.de/inhalte/artikel/a_2003/analyse1 oder die Ausgabe des „Out Of Dahlem" im Oktober 2003
[2] Ob die StaatsführerInnen dabei selbst ressentimentgeladen handeln oder ihre Handlungen und Äußerungen hinsichtlich der Volksschädlinge dazu nutzen, um von ihrem eigenen schädigenden Tun dem Einzelnen gegenüber abzulenken, kann dahingestellt bleiben. Es macht für das Ergebnis keinen Unterschied.
[3] Wir lassen hier kein gutes Wort am Sozialstaat. Das heißt nicht, dass wir wie die Liberalen dessen Abschaffung fordern. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass der Sozialstaat den Menschen eine Verschnaufpause gewähren kann. Trotzdem halten wir es für wichtig, zu klären, was diese eigentlich bedeutet und wieso es überhaupt einer solchen Verschnaufpause bedarf.
[4] Und das sind nur die Bedingungen für Menschen, die der deutschen Hoheit direkt unterworfen sind. Nicht-Deutsche haben hier noch viel größere Probleme, inkl. der ständigen Angst, auf die „Begünstigungen" verzichten zu müssen und abgeschoben zu werden.

WISSEN – MACHT – SPASS

Hallo, hier meldet sich das Alhambra-Archiv. Vielleicht erinnern sich ein paar von Euch ja an uns. Wir sind die, die einen Teil des Dachbodens unseres geliebten Zentrums mit sogenanntem „Altpapier zugestellt haben. Und vielleicht erinnern sich so ein bis zwei Menschen auch noch daran, dass wir das nicht nur zu unserer eigenen Selbst-Befriedigung veranstalten, sondern es mal so geplant war, dass das Archiv auch und gerade von ALLEN genutzt werden könnte...
Und genau hier kommen wir nun zum hüpfenden Komma, um es mal mit Heinz Erhard auszudrücken. Das erste Komma ist, dass wir die Nutzerinnen unserer (recht umfangreichen (Eigenlob)) Bestände an einer Faust abzählen können. Was aber im Moment wegen des zweiten Kommas nicht nur negativ ist, da es doch deutlich weniger Arbeit bedeutet. Aber natürlich wäre uns ein volles Haus viel viel lieber und würde unsere Motivation noch weiter steigen lassen. Das schon eben erwähnte zweite Komma bedeutet für uns allerdings ein sehr viel größeres Problem!
Wie in jedem stinknormalen Betrieb gab es auch bei uns einen deutlichen Rückgang der Anzahl der Beschäftigten- was allerdings nicht daran lag, dass wir uns eine leistungsfähigere EDV-Anlage zugelegt haben. Es gab auch weder betriebsbedingte Kündigungen, noch (bis auf einen Fall -04) eine Versetzung in den vorgezogenen Ruhestand, diese allerdings völlig selbstbestimmt. Jetzt stehen wir also vor dem Dilemma, eine Arbeit, die sieben Leute mit teilweise sehr hohem Zeitaufwand geleistet haben, mit nur noch drei Menschen und deutlich weniger Zeit zu bewältigen. Das muss doch nun wirklich nicht sein!
Und genau jetzt kommt Ihr liebe Leserinnen ins Spiel. (Keine Angst -dies ist kein adventlicher Spenden-Bettelbrief, auch wenn wir Spenden natürlich nie und nimmer abgeneigt sind.)
Wir würden uns (wahrscheinlich) sehr freuen, wenn sich noch ein paar oder auch viele Menschen finden würden, die sich vorstellen könnten, hier im Archiv mitzuarbeiten. HALT !!! Bitte nicht gleich aufhören den Text zu lesen. Wir ahnen schon, was Euch eventuell durch den Kopf geht. Uns ging es wahrscheinlich nicht viel anders, als wir gefragt wurden, ob wir uns das mit dem Archiv vorstellen könnten. Und natürlich wird es jetzt kaum einen Menschen geben der aus tiefstem Herzen und voller Inbrunst jubelt und lauthals kundtut: !Ja, ich will! Schade eigentlich. Aber für den Anfang würde es uns auch schon reichen, wenn Ihr Euch darüber Gedanken machen würdet, Euch einfach mal im Archiv umseht, (Kekse mitbringt!) und einfach mal mit uns quatscht. Keine Angst, wir können ausgesprochen lieb sein. Und wir sind auch nicht die Spezialisten, die alles wissen und alles können, sondern eher gerade das Gegenteil. Das ist übrigens ein sehr spannender Aspekt von Archiv-Arbeit, zu sehen, von welchen Themen, Diskussionen etc mensch nun so überhaupt nicht den blassesten Schimmer hat. Aber wir müssen ja nicht alles wissen, wir müssen nur wissen, wo es steht.
Also rappelt Euch durch, ringt Euch auf, wir freuen uns auf Euch!
(Und vergesst die Kekse nicht!)
Eure Archivis

ach ja- noch zwei Anmerkungen:

1. Wir sind Montags von 18-20 Uhr zu erreichen und
2. Herzlichen Dank an alle Menschen die hier mitgearbeitet haben.

Gruß & Kuß & Schluß

Geld...

Das Alhambra braucht Geld und bietet Dir dafür eine steuerlich-absetzbare Spendenquittung und wohlwollende Anerkennung.
Spendenkonto:
LzO, Blz.: 280 501 00, Konto-Nr.: 000 430 397

... oder Stuhl

Auch dein eingestaubter Bürostuhl würde das Herz unseres ehrwürdigen Hauses, oder zumindest die Hintern der Computer-UserInnen erfreuen. Einfach vorbei bringen oder anrufen unter 0441 / 14402. Keine Sitzbälle !!!!

LEIPZIG: "ENDLICH NICHT MEHR FREMD IM EIGENEN LAND"

Der Nationalisierungsdiskurs deutscher Popkultur hat die Ebene der reinen Standortlogik verlassen und setzt stattdessen unverhohlen auf eine trendy Geschichtsbewältigung. Ein Beitrag des Conne Island zur Berliner Band Mia und dem Hype ums neue deutsche Selbst.(1)

Es gibt Dinge, die sollte manch KünstlerIn lieber für sich behalten. Zum Beispiel die eigenen Gedanken und liebevoll-naiv zur Schau gestellten Ideen zur Lage der

was ist deutsch?

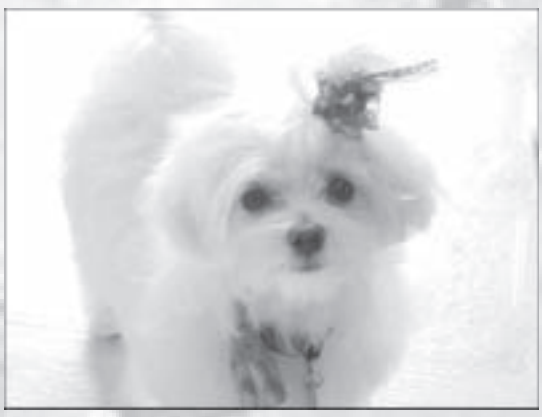
Nation. Denn zumeist geht die Antwort auf diese Frage gegen den Baum, sie avanciert, wie es der Autor und Publizist Feridun Zaimoglu trefflichst formulierte zum „grenzdebilen Blödsinn".(2) So auch im Fall der Berliner Band Mia, die Anfang Oktober mit ihrer Veröffentlichung „Was es ist"(3) nicht nur nach Reminiszenzen an den Dichter Erich Fried suchte, sondern in erster Linie ein euphorisches Liebeslied an die deutsche Nation verfasste. Eigentlich, so denkt man, ein Thema für einen Eklat, doch der blieb vorerst – des popkulturellen Friedens willen – aus. „Skandalisiert" wurde die Geschichte gerade mal von der Süddeutschen Zeitung, die verstört konstatierte, dass in Sachen Pop „die vaterlandslosen Zeiten nun vorbei zu sein scheinen", und dabei unter Flehen an die guten alten Zeiten erinnerte, als „Slime noch brüllte ‚Deutschland muß sterben, damit wir leben können'"(4). Die Frage nach der nationalen Identität in kultureller Verpackung ist wieder en vogue, das „kollektive Wir" erfährt seine Renaissance nun auch im Kulturbereich: Im „Wunder von Bern" lernen wir, dass auch Wehrmachtssoldaten weinen dürfen, die Hochglanzgazette „Deutsch" kokettiert angriffslustig mit ihrem Titel und die Künstlerkampagne „Angefangen"(5) schreit unter schwarz-rot-goldenem Banner für Toleranz und Respekt als neue deutsche Tugenden. „Durch die Neubelebung der Farben soll eben auch das Verhältnis zur eigenen Identität entkrampft werden."(6) Grund genug für das Conne Island, dem neuen Lifestyle-Deutschland mal wieder eins mitzugeben.

Wo ist zu Hause Mama?

Die Versuche, die hiesige Poplandschaft mit der Pose des Nationalen auszustatten, sind nicht neu. Sie folgten bisher in der Regel einer codierten Standortdiskussion, die via nationalökonomischer Argumente an der Popkulturnation Deutschland bastelte. Anfang der neunziger Jahre waren es beispielsweise der Compost-Labelgründer Michael Reinboth, der mit der Compilation „Krauts with Attitude" mal flugs in Anlehnung an die US-amerikanische HipHop-Besetzung NWA das Gute mit dem Bösen vertauschte, um auf deutschsprachige Reimkultur aufmerksam zu machen oder das linke Trikont Label, das mit dem Sampler „Wo ist zu Hause Mama" die deutsche Sprache als das politisch und musikalisch verbindende Element ihres Begriffs von Popkultur herauszustellen versuchte. Beide Projekte waren von Anfang an einer vehementen und unversehrten Kritik von (Pop-)Links ausgesetzt. Als der Liedermacher Heinz Rudolf Kunze 1996 zusammen mit Dieter Thomas Heck und der rechtsintellektuellen Zeitung Junge Freiheit vom „Genozid an der deutschen Rockmusik"(7) faselte und eine 60/40-Quotierung zugunsten deutschsprachiger Titel forderte, waren die Widerrufe der Entrüstung ebenso noch intakt. Die damals von Kunze als qualitativ hochwertige Perlen deutscher Popmusik herausgestellten Blumfeld, Die Sterne und Goldenen Zitronen versetzten dem „Elendserlöser via Quote" zumindest einen verbalen Arschtritt. Im selben Jahr verweigerten die Hamburger Schüler von Tocotronic die Annahme des Viva-"Cometen" für die Preiskategorie „jung, deutsch und auf dem Weg nach oben". Unschärfer wurden die kritischen Verhältnisse bereits zum Leipziger Festival „Neue Beiträge zur deutschen Popkultur". Weitaus weniger Macher und KünstlerInnen konnten damals nachvollziehen, wieso das Conne Island mit gewerkschaftlichem Charme gegen den Fehlgriff in der Titelwahl auf die Barrikaden ging. Im damals publizierten Papier „Geschissen auf Deutschland – Pop ist universell – nicht national" stellten wir dezidiert klar, dass Pop für uns kein Toleranz- sondern ein Abgrenzungsmodell ist; dass wir einer nationalen Abtretung der Definitionsmacht des Pop einen universalistischen und westlich geprägten Popbegriff entgegensetzen und warnten so bereits damals vor einer Infrontstellung gegen die „anglo-amerikanische Kulturinvasion", die „sich die bedrohliche Übermächtigkeit der Massenkultur aus eben jenen Breitengraden herbeihalluziniert".(8) Dass sich die bereits damals geäußerten Befürchtungen, was das antiamerikanische Ressentiment betrifft, im Frühjahr 2003 anlässlich des Irakkrieges zu bestätigen schienen, war vorhersehbar. Oft genug wurden wir Zeuge, wie deutsche Hardcorebands urplötzlich den Rassismus in den Vereinigten Staaten anprangerten, anstatt sich mit dem Blut- und Boden-Staatsbürgerrecht im eigenen Land zu beschäftigen, wie deutsche Hip Hopper

einfach blöd?

mutig ihren Stinkefinger Richtung Weißes Haus reckten, anstatt der auf Ordnung- und Sauberkeit basierenden Repression gegen sie hierzulande das nächste whole car entgegenzusetzen. Selbst die vermeintliche Pop-Intelligenzija aus Hamburg – davon zeugt beispielsweise der antiamerikanische Mottenkistengriff der von uns durchaus geschätzten Country-Band Fink – war nicht davor gefeit, selbst zum Problem zu werden, anstelle zur Lösung der ganzen Misere beizutragen.(9) Der Versuch einer nationalen Beantwortung der Frage um die eigene popkulturelle Identität – also der Frage nach dem „zu Hause" – ist somit keine neue Geschichte. In regelmäßigen Zyklen wird sie gestellt und in regelmäßigen Zügen, zumindest bisher, auch abgeschmettert. Trat sie bislang in fast jedem Fall zusammen mit einer Argumentation gegen den amerikanischen „Kulturmüll" und andere Variationen der Kulturimperialismusthese auf die Bühne und benutzte das Ressentiment gegen dass, was als das vermeintlich „Amerikanische" angenommen wurde zur eigenen identitären Reanimierung, so zeichnet sich heute eine neue Strategie ab: Das Vehikel der angeblichen amerikanischen Kulturlosigkeit scheint es nunmehr nicht zu benötigen, denn eine german offense ist angesagt, die die abgewandelte – weil nun nationale – Message des radical chic wohl besser umsetzt, als sich ihre Erfinder es je gedacht haben.



oder schon niedlich?

Mamma Mia

Der popkulturelle Aussetzer der Elektropunk-Band Mia ist daher kein Einzelfall und steht gewissermaßen exemplarisch für eine stete Entwicklung, die sich mittlerweile leider auch dadurch kennzeichnet, dass die Kritikerinnen und Kritiker von einst über soviel Blödheit im tiefen Tal der Verzweiflung verschwunden sind. Konnte man sich vor Jahren, dank der schlauen Köpfe der 80er- und 90er-Hardcore- und Poplinken noch halbwegs sicher sein, dass kein erstzunehmender Künstler es ungestraft versuchen sollte, irgendeinen positiven Bezug zu Deutschland herzustellen, gehört es heute fast zum guten Ton, die nationale Semantik zu bedienen. Das Neue dieser Entwicklung ist die unverhohlene Kreation einer vermeintlich besseren deutschen Identität, die genug aus der Geschichte gelernt hat und nun – zumal ja eine andere Generation – unbeschwert in die Zukunft eines ganz und gar gebesserten Kollektives zu schauen vermag. Nicht mehr die nationalökonomische Prämisse des Popstandorts steht im Scheinwerferlicht, sondern die kruden Insignien einer deutschen Normalität bilden den Rahmen. Endlich soll der Status der schuldbeladenen „Verlierernation" abgelegt sein, endlich – und dabei werden bis zum Erbrechen die durch das Ressentiment gegen Amerika bestimmten Demonstrationen gegen den Irak-Krieg angeführt – „kann das deutsche Kollektiv sich wieder auf die Schulter klopfen."(10) So avanciert ein Schulterklopfer zum Schenkelklopfer: Gerade die deutsche Friedensbewegung, deren antiamerikanisches und schuldbefreiendes Potential selbst Wolf Biermann erkannte, wird zum Garanten für ein weltoffenes und geläutertes Deutschland. Wenn Mia singt, „Fragt man mich jetzt woher ich komme/ Tue ich mir nicht mehr selber Leid [...] wohin es geht, dass woll'n wir wissen/ und betreten neues deutsches Land" und die der Band nahestehende Kulturkampagne „Angefangen" in schwarz-rot-goldenen Lettern nach einer Neudefinition der deutschen Werte verlangt, dann wird sich nicht mal bemüht, derartige symbolische Grenzverletzungen zu kodieren. Das Label „Deutsch" steht nicht mehr, wie es sein sollte, für den Zivilisationsbruch der Massenvernichtung, nicht mehr für Land der Täter und deren Schuld, sondern für das „geklärte Verhältnis zur Vergangenheit."

You're not alone

Mia und Kollegen sind nicht allein. Die „hippen Wohlstands- und Wohlfühlpatrioten",(11) die ihr schlechtes Gewissen los werden möchten, können mittlerweile getrost in der Generation „Deutsch" zusammengefasst werden. Ein Kommentar im gleichnamigen Lifestyle-Magazin bringt die Sache auf den Punkt: „Erst in jüngster Zeit mehren sich sehr vorsichtige Zeichen einer neuen Generation, die sich selbst von der burlesken Seiten zu nehmen versteht, ohne sich dabei ihrer selbst zu schämen. Der Nationalcharakter scheint sich im Wandel zu beschleunigen und das Bild im

Was singt die band?

der songtext von mias neuem lied

was es ist
ich dreh den kopf und bin noch müde
ich hatte eine kurze nacht
lass meine augen zu und frag mich
was hat mich um den schlaf gebracht

ich fühl dich bei mir und geniesse
deine hand in meiner hand
was ich jetzt weiß und noch nicht wußte
bin nicht mehr fremd in meinem land

ein schluck vom schwarzen kaffee macht
mich wach
dein roter mund berührt mich sacht
in diesem augenblick es klickt
geht die gelbe sonne auf

es ist was es ist sagt die liebe
was es ist fragt der verstand
wohin es geht, das woll'n wir wissen
hmhmhmhmhmhmhmhmhmmmmm...

es ist was es ist sagt die liebe
was es ist fragt der verstand
ich freu mich auf mein leben
mache frische spuren in den weißen strand

luise schreibt mir aus amerika
man schätze dort ihre direkte art
und auf ibiza tanzt mathias im pacha
das ist unsere gegenwart

ich fühle wie sich alles wandelt
und wie ich selber ändern kann
was mich beengt in meinem leben
denn mit ändern fängt geschichte an

fragt man mich jetzt woher ich komme
tu ich mir nicht mehr selber leid
ich riskier was für die liebe
ich fühle mich bereit

und die schwarze nacht hüllte uns ein
mein roter mund will bei dir sein
in diesem augenblick es klickt
leuchtet uns ein heller tag

es ist was es ist sagt die liebe
was es ist fragt der verstand
wohin es geht das woll'n wir wissen
und betreten neues deutsches land

es ist was es ist sagt die liebe
was es ist fragt der verstand
ich freu mich auf mein leben
mache frische spuren in den weißen strand

ist deutschsein gefährlich?

Auslande, das einst die Gemütlichkeit als steckbrieflichstes Merkmal zeichnete, später aber das niederträchtige, das technokratisch-mordende Element in den Vordergrund setzte, enthält schon neue Farbspiele und Schattenwürfe."(12) So verquast sieht neudeutsche Geschichtsklitterung aus. Die Mischung von Moralität und Zivilität sowie der berechnende Umgang mit der eigenen Vergangenheit, gepaart mit einer neorevisionistischen Historiographie bildet den dicken Schlußstrich, der mittlerweile die politische mit der popkulturellen Debatte vereint. Innerhalb dieser Entwicklung, oder besser Modernisierung ist es auch kein Widerspruch, dass eine Band wie Mia binnen eines halben Jahres zum „Revolutionären 1. Mai" in Berlin aufspielt, um einige Monate später in unbekümmerter Zielstrebigkeit ein neues nationales Projekt zu verkünden – das geht zusammen, daran ist man in Deutschland gerade Meister. Kennzeichnet sich die Berliner Republik dadurch, dass sie das Erinnern an Auschwitz unter Zuhilfenahme der Subsummierung von Leid mit dem Erinnern an die Großväter und -mütter vereint – das Schuld-Gedächtnis also durch eine Erinnerung eines angeblich universellen Leidens ersetzt – so hat der popkulturelle Soundtrack der Berliner Republik diese Werte schon verinnerlicht. Hier ist der nationale Mythos bereits auf on geschaltet, hier braucht es nicht einmal der neuen diskursiven Eckpunkte „Bombardierung", „Vertreibung", „Gefangenschaft" und „Vergewaltigung", um die nationale Formierung zu kaschieren, hier wird unverblümt und mit infantilem Problembewusstsein das praktiziert, woran die große Mehrheit dieses Landes seit 60 Jahren bastelt: Das Geschichtsbuch in selbstgewisser Unschuld zuzuklappen.

Verloren im Diskurs

Alarmierend ist dies für uns allemal. Die Geballtheit und Dreistigkeit der deutschen Popkulturoffensive hat auch uns überrascht. Widerstand scheint zwecklos angesichts der Tatsache, dass sich selbst kritische Geister, die noch vor zehn Jahren gegen einen rassistischen Konsens mit dem Motto „Etwas besseres als die Nation"(13) durch die Lande tourten, heute unter dem Label der Compilation „Heimatkult – German Liedgut 1" – hier dürfen sich Die Sterne, Tocotronic und die Beginner(14) angesprochen fühlen – zusammenfassen lassen, ohne dabei aufzumerken. Unsere persönliche wie kulturpolitische Enttäuschung möchten wir an dieser Stelle nicht verbergen, denn die „Wiederbelebung der deutschen Popmusik"15 meint für uns nach wie vor das rückwärtsgewandte Phantasma der deutschen Sprach- und

gähnend langweilig?

was sagt die band? auszüge aus einem interview mit mitgliedern von mia:

ROBERT:

was bedeutet es für dich, deutsch zu sein ?

deutschland als seine heimat zu begreifen, hier zu leben und leben zu wollen

wie würdest du ändern ?

die sache durchdenken, anfangen, vormachen, anstiften, gemeinsam umsetzen

was glaubst du, ist an unserem gesellschaftsleben, wie es z.zt. hier gelebt wird, schwierig ?

ungewissheit = angst. sicherheiten sind ein und alles / selbstvertrauen, visionen, / durchsetzungsvermögen sinkt / verantwortung abgeben birgt für eigene sicherheit / eigene sicherheit geht vor, wenn nötig einsam statt gemeinsam / gesellschaftsgruppen grenzen sich voneinander ab, der eigene horizont ist die grenze

MIEZE (so heißt die...jedenfalls in der band. red.)

was bedeutet es für dich, deutsch zu sein ?

.....ich hab nichts zu meinem deutsch sein dazugetan, ich bin es einfach und ich lerne gerade es zusein ohne stolz und ohne scham

wie würdest du ändern ?

....mit liebe und hingabe, mit dem mut zur wahrheit und dem willen sich immer wieder dem eigenen schweinehund zu stellen

gefunden auf www.angefangen.de/angefangen/11_fragen.html

ist diese katze deutsch?

Kulturgemeinschaft. So schmerzvoll das ist – gleiten uns doch einige gute Freunde aus der Hand –, für uns haben die beschriebenen Formen identitärer Selbstzuschreibungen das Ende der Fahnenstange erreicht. Es mag pathetisch klingen: Nachdem das „Subversionsmodell Pop" bereits vor einigen Jahren als minderheitlich inszenierter Mainstream an seine Grenzen stieß und seinen rebellierendes Moment faktisch selbst konservierte, stirbt Pop heute zum zweiten Mal. Diesmal, so scheint es zumindest, ist der gegen die Chiffren der deutschen Nation einst in Stellung gebrachte Ansatz von Pop den Bach runter gegangen. Statt dessen entdecken junge „coole Deutsche", mögen sie Mia, Sönke Wortmann oder eben Jan Eißfeldt (*Ha? ob Jan E. wirklich in diese Aufzählung gehört, wird von einigen aus der Redax bezweifelt... und die anderen kennen ihn nicht. Eure alhambra- redax*) heißen, aus Berlin-Mitte oder Hamburg kommen, spielerisch oder ganz direkt das deutsche Kollektiv als positive Bezugsgröße. Nachdem die Linke, wohl zurecht, schon vor geraumer Zeit das sinkende (Pop-)Schiff verlassen hat, kann die nunmehr entstandene Situation gerne als nationaler Bumerang analysiert werden. Das Terrain, in dem wir als Conne Island stehen, ist verloren, das wissen wir selber. Trotzdem, wer das Konzept nationaler Identität in den mittlerweile leeren und ausgehöhlten Popbegriff transformieren möchte – sei es innerhalb einer neuen deutschen Härte oder einer neuen deutschen Sensibilität –, darf sich unseres Widerspruchs sicher sein.

Die BetreiberInnen-Crew des Conne Island
Leipzig, den 20. November 2003
Kontakt: pop@conne-island.de http://www.conne-island.de

Dieser Text befindet sich auch unter:
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/mia2.pdf
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/mia.rtf

(Fußnoten)
(1) Dieser Text entstand nicht von ungefähr. Für Ende November war ein Konzert der Band Mia bereits langfristig im Conne Island gebucht. Nachdem Anfang Oktober die Mia-Single „Was es ist" herauskam und als tabubrecherischer Deutschland-Hype promotet wurde, sagte das Conne Island die Veranstaltung aufgrund nicht überwindbarer Differenzen ab. Der Beitrag ist daher als inhaltlicher Nachschub zu verstehen.
(2) Zaimoglu auf die Frage, was er von Mia halte, in: RBB-Kulturmagazin Polylux vom 29. September 2003.
(3) www.miarockt.de.
(4) Süddeutsche Zeitung vom 28. Oktober 2003.
(5) O-Ton der verwirrten Kampagnenmacher zu den eigenen Grundfesten: Ziel ist ein „gemeinschaftliches Gefühl, für etwas Gutes gemeinsam einzustehen." In scheinbarer Abwandlung eines Möllemann-Zitats werden außerdem „Liebe! Respekt! Toleranz! Mut!" zu den Werten erhoben, die das besagte neue Deutschland so sehr benötigt. Mehr unter: www.angefangen.de.
(6) Mia. Sie haben einen Plan..., in: blonde magazin, Oktober 2003, S. 46.
(7) Zit. nach: Die Beute - Politik und Verbrechen, Winter 1996/97, S. 21.
(8) http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/nf/66/21.html.
(9) Zur Diskussion um popkulturellen Antiamerikanismus verweisen wir auf unsere Beiträge „No Volksmusik – No Antiamerikanismus" (http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/nf/99/22.html) und „Nothing new on the German Front.DeutschePopkultur nach dem 11.September" (http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/nf/100/20.html).
(10) Polylux vom 29. September 2003.
(11) So Feridun Zaimoglu, a.a.O.
(12) Kai Burkhardt, Lummerland: Zur Lage der Nation, in: Deutsch Magazin, Herbst 2003, S. 192.
(13) Gemeint ist die Tour der Hamburger Wohlfahrtsausschüsse aus dem Jahr 1992, die u.a. auch im Conne Island Station machte.
(14) Ursprünglich war auch die Band Blumfeld für diesen Sampler offiziell angekündigt. Zu unserer Freude sind sie letztendlich doch nicht darauf vertreten.
(15) So die Ankündigung besagter Compilation, in der es weiter heißt: „In einer Zeit von Castings, Super- und Popstars schreit es förmlich nach einer antithetischen Bewegung. Genug von Fliessbandproduktionen, gelernten Tanz-Choreographien und medialen Bandkonzepten. Es ist Zeit für den Gegensatz, in einem Land, das sich stets neu findet, ohne je anzukommen. Es ist Zeit für Enthusiasmus, Melancholie und echte Ziele."

alle diese tiere heißen mia.und sie?

DIE KATZE & DIE RATTE

ZUM VERSTÄNDNIS POLITISCHER GEWALT IM POSTKOLONIALEN AFRIKA

MAHMOOD MAMDANI

Das Zwanzigste Jahrhundert war vermutlich das gewaltsamste der bisherigen Geschichte. Trotz ihres schwindelerregenden Ausmaßes jedoch gilt uns diese Gewalt als verständlich. Seit der französischen Revolution betrachtet die politische Sensibilität der Moderne Gewalt als historisch notwendig, als Hebamme der Geschichte. Unter dem Eindruck der französi-schen Revolution schrieb Hegel, der Mensch unterscheide sich dadurch vom Tier, dass er bereit wäre für eine höhere Sache zu sterben. Er hätte hinzufügen sollen: durch die Bereit-schaft, für eine höhere Sache zu töten - eine Bereitschaft, die auf den Mann und die Frau der Moderne weit mehr zutrifft als auf alle ihre Vorgängerinnen.

Die politische Sensibilität der Moderne ist nicht schockiert über Gewalt an sich. Als grauenerregend gilt ihr lediglich diejenige Gewalt, die ihr als unverständlich erscheint. Gewalt, die weder revolutionär noch konterrevolutionär ist, die sich nicht m die Geschichte des Fortschritts einschreibt, erscheint sinnlos. Sie wird nicht in politischen Kategorien gefasst, sondern in kulturellen - wie in Huntingtons „Kampf der Zivilisationen" ' - oder in quasi-theologischen. Die Gewalt des Holocaust etwa gut so als etwas, was außerhalb der menschlichen Geschichte steht. Wir verarbeiten den Horror, indem wir die menschliche Natur der Täter in Frage stellen. Jeder Versuch, diese Gewalt aus ihrem historischen Kontext heraus zu verstehen, stößt auf gewaltigen Widerstand, moralisch wie politisch.

EIN GUTES GEWISSEN DANK DARWIN

Es war Hannah Arendt, die auf dem Verständnis des Holocaust aus der Geschichte des Völkermords in der Moderne heraus bestand. Der moderne Völkermord entstand in den Kolonien: „Die Ausrottung der Hottentotten, das ziellose Morden von Carl Peters in Deutsch-Südwestafrika, die Dezimierung der friedlichen Bevölkerung des Congo - von 2D-1D Mio. Menschen auf S Mio. - und, das Schlimmste uon allem, die triumphale Einführung dieser Befriedungsaktionen in ganz normale, respektable Außenpolitik."3 Der Gedanke, dass der Imperialismus der Zivilisation dient, indem er niedere Rassen vom Erdboden tilgt, prägte das europäische Denken des 19. Jahrhunderts, von den Naturwissenschaften und der Philosophie bis zur Anthropologie und Politik. „Nach Darwin", schreibt Sven Lindquist, „wurde es üblich, angesichts wen Volkermord mit den Schultern zu zucken. Wer sich darüber aufregte, stellt damit lediglich einen Mangel an Bildung unter Beweis.'"' Als Lord Salisbury, britischer Premierminister, in seiner berühmten Albert Hail-Rede vom 4.Mai 1 B98 erklärte, „man kann die Nationen der Welt grob einteilen in die lebenden und die sterbenden", war Hitler gerade 9 Jahre alt, und die Luft in Europa war „getränkt von der Überzeugung, dass Imperialismus ein biologisch notwendiger Prozess ist, der, gemäß den naturlichen Gesetzen, unausweichlich zur Vernichtung der niederen Rassen führt."5

Zu Beginn des Zwanzigsten Jahrhunderts war es eine europäische Gewohnheit geworden, zwischen zivilisierten Kriegen und Kolonialkriegen zu unterscheiden. Während das Kriegsrecht auf die ersteren Anwendung fand, fielen die zweiteren unter das „Gesetz der Natur" - die biologische Notwendigkeit der Ausrottung der niederen Rassen. Im Zweiten Weltkrieg respektierte Deutschland das Kriegsrecht gegenüber den Westmächten, nicht jedoch gegenüber Russland. Während 3,5 % der englischen und amerikanischen Kriegsgefangenen während der Gefangenschaft umkamen, starben 57 % der russischen Kriegsgefangenen - 3,3 Mio. Menschen.6 Der Plan der Nazis war es, 10 Mio. Russen umzubringen und den Rest als Arbeitssklaven unter deutscher Besatzung zu halten. Als der Massenmord an den europäischen Juden begann, lebte die Masse dieser Juden nicht in Deutschland, sondern in Polen und Rus-sland, sie stellten etwa 10 % der dortigen Bevölkerung und bis zu 40 % der städtischen Bevölkerung in genau den Gebieten, hinter denen Hitler her war. Der Holocaust entstand am Schnittpunkt zweier Traditionen, die die moderne westliche Zivilisation prägten: der Tra-dition des Antisemitismus und der Tradition des Völkermords an den Kolonisierten. Hier Jag auch seine Spezifik: Die jüdische Bevölkerung sollte vollständig ausgerottet werden. Das war singulär - jedoch nur in Europa. Der erste Völkermord des 20.Jahrhunderts war die Ausrottung der Herero in Deutsch-Südwestafrika.^ Der deutsche Genetiker Eugene Fischer führte seine ersten medizinischen Experimente über die „Wissenschaft" der Rassenvermischung in deutschen Konzentrationslagern für die Herero durch, an Hereros und an „Mulatten", deren Mütter Hereros und deren Väter Deutsche waren. Fischer versuchte zu beweisen, dass die „Mulatten" ihren deutschen Vätern physisch und mental unterlegen waren. Hitler las Fischers Buch, „Das Prinzip der menschlichen Vererbung und die Rassenhygiene" [1921], während er im Gefängnis saß. Später machte der Führer Fischer zum Rektor der Universität Berlin, wo er Medizin lehrte. Einer von Fischers Studenten war Joseph Mengele.

DIE SPRACHE DER GEWALT

Um das Fortleben des Völkermords nach den Nazis zu verstehen, müssen wir die politischen Identitäten verstehen, die vom modernen Imperialismus geschaffen wurden, den Kolonisator und den Kolonisierten. Hannah Arendt und, in jüngerer Zeit, Sven Lindquist handeln von ersterem. Aber auch der Kolonisierte ist ein Produkt der imperialistischen Projektion. Beide stehen in Beziehung zueinander. Wenn sich nicht beide verändern, reproduzieren sich beide. Das ist der Punkt, wo Fanon ansetzt: dort, wo der Kolonisierte den Kolonisator auslöscht. Während Fanon unmittelbar nach seinem Tod als Humanist gefeiert wurde, von denen, die ihn rezipiert hatten, galt er später ironischerweise als ein Prophet der Gewalt. Hannah Arendt machte seinen Einfluss verantwortlich für die zunehmende Gewaltbereitschaft an amerikanischen Universitäten in den 60ern. Mit der Veröffentlichung seines Hauptwerks, „Die Verdammten dieser Erde", wurde Fanon zum Propheten der Dekolonisierung. Aber um Fanon zu verstehen, muss man verstehen, dass er gleichzeitig der erste Kritiker der Dekolonisierung war. Die zentrale These in „Die Verdammten dieser Erde" - „Der Kolonisierte befreit sich mit und durch Gewalt" - war zu gleicher Zeit eine Beschreibung, ein Anspruch und eine Problematisierung. Es war eine Beschreibung der Gewalt des Kalonialsystems, der Tatsache, dass Gewalt der Schlüssel zur Herstellung und Aufrechterhaltung der kolonialen Beziehung zwischen Kolonisator und Kolonisiertem war. Es war der Anspruch, dass antikoloniale Gewalt nichts Irrationales ist, sondern Teil des Dreh-buchs von Modernität und Fortschritt, tatsächlich die Hebamme der Geschichte. Und es war die Problematisierung dieser abgeleiteten Gewalt, der Gewalt von Opfern, die zu Mördern werden.

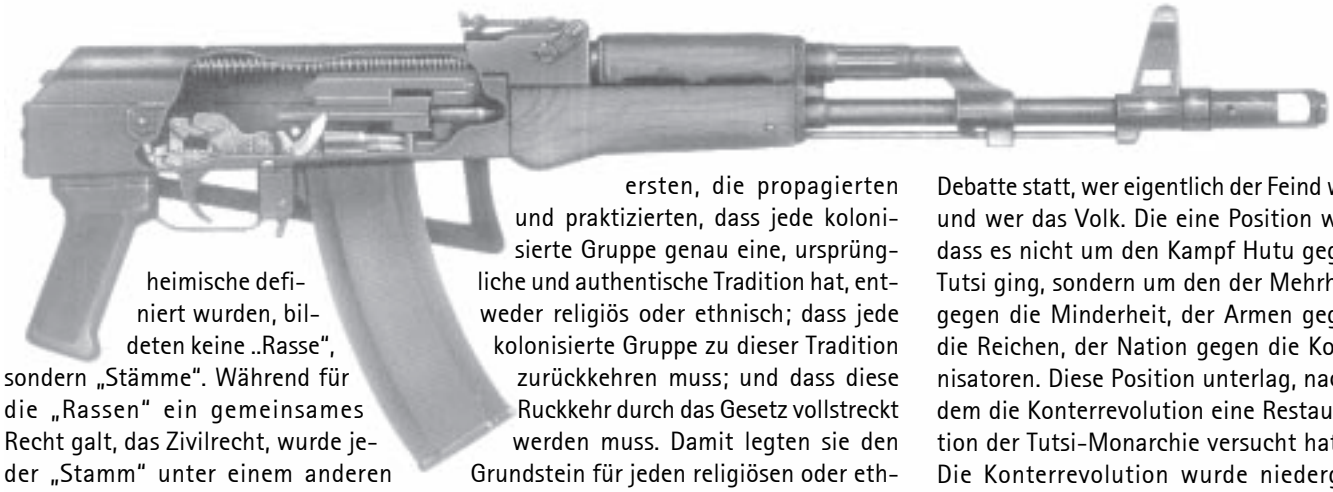
Fanon liefert die Beschreibung des Kolonisierten, der selbst zum Täter wird, der nicht nur tötet urn die Menschlichkeit des anderen auszulöschen, sondern um seine eigene Menschlichkeit zu verteidigen, und er liefert die Beschreibung der moralischen Ambivalenz, die dies bei anderen auslösen muss. Obwohl die Kolonisatoren nirgends von den Kolonisierten ausgelöscht wurden, gab es genug Aufstände mit zahlreichen ermordeten Kolonisatoren, um die Möglichkeit der eigenen Ausrottung in die Phantasie der Kolonisatoren einzuschreiben. „Diejenigen, die immer zu hören bekamen, sie würden keine andere Sprache als die der Gewalt verstehen, verschaffen sich jetzt Gehör mit Gewalt ... Es ist der Kolonisierte, der jetzt erklärt, dass der Kolonisator keine andere Spra-che versteht als Gewalt."9

DIE ERFINDUNG VON MINDERHEITEN

Um politische Gewalt zu verstehen, müssen wir den Prozess verstehen, durch den Opfer und Täter als Gruppenidentitäten polarisiert werden. Wir müssen diese Identitäten denaturalisieren, indem wir ihre Geschichte und ihre Verbindung zu organisierten Formen von Macht verstehen.

In der zeitgenössischen Kolonialgeschichte Afrikas müssen wir zwei verschiedene Formen von Herrschaft unterscheiden, die jeweils mit einer unterschiedlichen Konzeption des kolonialen Staates verbunden waren: das Modell der Direkten Herrschaft [direct rule] und das Modell der indirekten Herrschaft (indirect rule). Direkte Herrschaft konzentrierte sich auf die Eli-ten. Sie versuchte Klone westlicher Modernität zu schaffen, durch einen Diskurs über Zivilisation und Anpassung. Damit provozierte sie eine doppelte Krise. Zum einen teilte das zivilisatorische Projekt die Gesellschaft in eine Minderheit von Aliens, die sich für zivilisiert erklärte, und eine Mehrheit von „Eingeborenen", die als zurückgeblieben stigmatisiert wurden. Zum anderen strebten die Produkte dieses zivilisatorischen Projekts - Intellektuelle und Unternehmer aus dem Kreis der Kolonisierten - danach, die Fremdherrschaft durch eine Selbstregierung der Kolonisierten zu ersetzen, als Grundlage einer einheimischen Modernität. Die Forderung nach Selbstregierung bedeutete die Krise der Direkten Herrschaft.

Die Antwort der Kolonisatoren bestand im Übergang zur Indirekten Herrschaft, einem sehr viel ambitionierteren und weitreichenden Projekt. Der Kern war die Rechtsauffassung. Während Direkte Herrschaft eine einheitliche Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen versuchte, ersetzte Indirekte Herrschaft dieses Modell durch die Konstruktion einer Vielzahl von „Gewohnheitsrechten". Es umging die sich modernisierenden einheimischen Eliten und favorisierte andere, sogenannte „traditionelle" Eliten, die Bündnispartner für dieses Projekt wurden. „Tradition" im Sinne der Indirekten Herrschaft war jedoch keine gegebene Tatsache, keine historisch feststellbare Struktur. Indirekte Herrschaft benutzte die einheimische Geschichte als Steinbruch, aus dem sie sich nach Belieben eine „authentische" Tradition zusammenbaute. Wo Direkte Herrschaft dogmatisch auftrat und die einheimischen Traditionen komplett als rückständig und abergläubisch verwarf, arbeitete Indirekte Herrschaft analytisch. Das politische Projekt der Indirekten Herrschaft zielte darauf, die einheimische Tradition auseinander zu nehmen, ihre verschiedenen Stränge voneinander zu lösen, das Autoritäre vorn Emanzipstiven zu trennen und Tradition neu zusammen zu setzen, als autoritär und ethnisch, und diese konstruierte Tradition dem kolonialen Projekt nutzbar zu machen. Indem es einheimische Kultur und Leidenschaft in eine Reihe uon Schuhschachteln verpackte, sogenannte Kulturen, zielte es darauf diese Leidenschaften und Kulturen gegeneinander auszuspielen. Direkte Herrschaft hatte die Identität von Herrschenden und Beherrschten rassifiziert, aber in problematischer Weise, indem sie die Herrschenden als Minderheit und die Beherrschten als Mehrheit kenntlich ließ. Indirekte Herrschaft war ein Rechtsprojekt, das die einheitliche, rassifizierte Identität der Mehrheit aufbrach in eine Vielzahl von ethnisierten Minderheiten, sogenannte „Stammeskulturen" [tribes). Die Volkszählungen in den Kolonien unter-schieden künftig zwischen zwei großen Gruppen. Auf der einen Seite standen die „Rassen", auf der anderen die ..Stämme". Als „Rassen" galten alle, die der koloniale Staat als Nicht-Einheimische definierte - Europaer, Asiaten, Araber. Alle, die als Ein-



heimische definiert wurden, bildeten keine ..Rasse", sondern „Stämme". Während für die „Rassen" ein gemeinsames Recht galt, das Zivilrecht, wurde jeder „Stamm" unter einem anderen Rechtssystem regiert, den sogenannten „Gewohnheitsrechten". Natürlich war auch das Zivilrecht diskriminierend, es schloss die untergebenen Rassen [subject races], Asiaten und Araber, uon wesentlichen Rechten aus, die der Herrenrasse [master race), den Europäern, vorbehalten blieben. Aber die „Rassen" gehörten demselben Rechtssystem an. Die „Stamme" hingegegen unterstanden alle verschiedenen politischen und Verwaltungsobrigkeiten, von denen es hieß, sie seien „traditionell". Unterschiedliche „Rassen" sollten eine gemeinsame Zukunft haben; unterschiedliche „Stämme" hatten keine.

DIE GEBURTSSTUNDE DES FUNDAMENTALISMUS

Während das englische „common law" sich im Laute der Zeit und der Umstände ändert, war das „customary law", nach dem die „Stämme" in den Kolonien regiert wurden, fix. Änderungen und Entwicklungen waren nicht vorgesehen. Wahrend die vorkoloniale afrikanische Gesellschaft keinen absolutistischen Staat kannte, sondern unterschiedliche Autoritäten in verschiedenen Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens anerkannte - Frauen, Altersgruppen, Clans, religiöse Gruppen usw. - , definierte das koloniale „Stammesrecht" die absolute Herrschaft einer einzigen Obrigkeit, der sogenannten ..chiefs", als die traditionelle Obrigkeit schlechthin. Die Autorität der „chiefs", gekennzeichnet durch Alter und männliches Geschlecht, war unausweichlich patriarchal. Wie David Laitin in seiner Studie über Yorubaland zeigte, war es die Praxis der Kolonialherren, sich schwache lokale Eliten auszusuchen, Eliten, deren Autorität am Verfallen war. Diese Eliten wurden gestützt, zur traditionellen Autorität schlechthin erklärt und durch das koloniale Recht abgesichert.11

Die Kolonialmachte waren die ersten Fundamentalisten der Moderne. Sie waren die ersten, die propagierten und praktizierten, dass jede kolonisierte Gruppe genau eine, ursprüngliche und authentische Tradition hat, entweder religiös oder ethnisch; dass jede kolonisierte Gruppe zu dieser Tradition zurückkehren muss; und dass diese Ruckkehr durch das Gesetz vollstreckt werden muss. Damit legten sie den Grundstein für jeden religiösen oder ethnischen Fundamentalismus der postkolonialen Welt. Nicht, dass es in der vorkolonialen afrikanischen Gesellschaft keine Ethnizität gegeben hatte; es gab sie. Aber es geht um den Unterschied zwischen Ethnizität als kultureller Identität und als politische Identität. Die eine beruht auf Übereinkunft, ist konsensual, die andere wird vom kolonialen Staat gesetzt. Die eine ändert sich, die andere ist fix. eingefroren vom kolonialen Rechtssystem, So fiktiv sie ist, wird sie damit zur Tatsache. Sie entscheiden darüber, dass eine Gruppe, die als „einheimisch" angesehen wird, Zugang zu bestimmten Rechten erhält, z.B. Zugang zu Land, und eine andere nicht. All das, was im postmodernen Diskurs über Hybridität und multiple Identitäten eine Rolle spielt, gehört in der Bereich kultureller Identitäten. Vom Staat gesetzt, verlieren sie diesen Charakter. Eine rechtlich definierte Identität ist weder freiwillig, noch multipel. Das Recht definiert dich als das und als nichts anderes. Der Unterschied zwischen kulturellen Identitäten und rechtlich/politischen Identitäten ist der zwischen Selbst-Identifikation und Staats-identifikation.

DIE DUNKLE SEITE DER REVOLUTION

Das koloniale Ruanda unterschied sich in einem Punkt von dem oben beschriebenen Bild. In Ruanda unterschied die Volkszählung keine „Stämme", sondern nur „Rassen": Hutu als Bantu, Tutsi als Hamiten. Bantu galten als unzivilisiert, die Hamiten als die zivilisatorische Kraft, Diese Spezifik spielte eine wesentliche Rolle in der späteren Entwicklung Ruandas. Ruanda hatte im Jahr 1959 eine Revolution. Es war eine Revolution der Hutu, der einheimischen Mehrheit, gegen die Tutsi, die zugewanderte Minderheit. Die Identitäten „einheimisch" und „zugewandert" kamen direkt aus den kolo-nialen Geschichtsbüchern und dem kolonialen Recht, Innerhalb der Revolution fand eine Debatte statt, wer eigentlich der Feind war und wer das Volk. Die eine Position war, dass es nicht um den Kampf Hutu gegen Tutsi ging, sondern um den der Mehrheit gegen die Minderheit, der Armen gegen die Reichen, der Nation gegen die Kolonisatoren. Diese Position unterlag, nachdem die Konterrevolution eine Restauration der Tutsi-Monarchie versucht hatte. Die Konterrevolution wurde niedergeschlagen, aber das Ziel der revolutionären Gewalt weitete sich jetzt aus: sie richtete sich nicht mehr nur gegen die tatsächlichen Träger lokaler Macht [also etwa die „chiefs"J, sondern gegen alle Tutsi. Für die Revolutionäre von 1953 bedeutete Gerechtigkeit jetzt nicht mehr Gerechtigkeit für die Armen oder für Ruander, sondern Gerechtigkeit für die Hutu - auf Kosten der Tutsi. Um sicherzugehen, dass dieser Gerechtigkeit auch wirklich genüge getan würde, setzten sie die koloniale Praxis fort, nach der in den Ausweisen jeder und jede als Hutu oder als Tutsi identifiziert wurde [oder als Twa, eine unbedeutende Minderheit]. In Zukunft wären die Hutu die ruandische Nation und die Tutsi eine fremde Minderheit.

Es gibt heute zwei Sorten von Darstellungen zu Ruanda. Die eine ist die akademische, die andere die journalistische. Die akademische Darstellung wird beherrscht von Autorinnen, die mit der Ruandischen Revolution von 1959 sympathisierten.''2 Die Revolution und ihre politische Gewalt galten ihnen als fortschrittlich, als Übergang zu einer egalitäreren politischen und sozialen Ordnung. Unfähig, die dunkle Seite der Revolution zu sehen und so den Zusammenhang zwischen der Reuolution von 1959 und dem Völkermord von 1994 zu sehen, beschreibt diese Art der Darstellung den Völkermord als ein Staatsprojekt, das Projekt einer kleinen herrschenden Elite. Ausgeblendet wurde die massenhafte Teilnahme am Völkermord. Indem diese Richtung den Völkermord ausschließlich als Staatsprojekt darstellt, verfehlt es seinen Charakter als soziales Projekt. Dies lässt sich nicht aufrecht erhalten. Die Massaker des ruandischen Völkermords wurden in der Öffentlichkeit ausgeführt. 800.000 Tutsi wurden innerhalb von hundert Tagen getötet. Der Staat organisierte die Morde, aber die Mörder waren ganz normale Bürger. Die Masse der Morde wurde von machetenschwingenden Mobs verübt. In aller Regel wurde man

von seinen Nachbarn und Arbeitskollegen getötet, von seinem Lehrer, Arzt oder Pfarrer, selbst von Menschenrechtsaktivisten oder vom eigenen Ehemann. Vor einigen Monaten wurden vier ruandische Bürger in Belgien wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Darunter waren zwei Nonnen und ein Physiker. Es war die Zivilgesellschaft selbst, die den Völkermord verübte.

Die journalistische Darstellung konzentriert sich genau darauf.13 Sie schreibe die Pornografie der Gewalt. Wie in jeder pornografischen Darstellung ist die Nacktheit die der anderen, nicht unsere. Die Entblößung der anderen wird von der unausgesprochenen Überzeugung begleitet, dass wir nicht wie sie sind. In dieser pornografischen Darstellung ist sinnlose Gewalt eine kulturelle Eigenschaft anderer Völker, ein Ausdruck ihrer Zugehörigkeit zu einer zeitlosen, vormodernen Welt.

Politisch gesehen zeichnet die journalistische Darstellung eine Welt, wo eine Gruppe von Tätern einer Gruppe von Opfern gegenüber steht, und wo weder Geschichte noch Motivation in Betracht kommen. Sie beschreibt den Völkermord als ein soziales Projekt, aber sie vernachlässigt dabei die Ursachen und Kräfte hinter den Handlungen der Täter. In einem Kontext, wo Opfer und Täter ihre Plätze tauschen, sucht sie nach überzeitlichen Unterscheidungen zwischen beiden. Aber wenn die Opfer von gestern die Täter von heute sind, greift der Versuch, einen afrikanischen Holocaust zu schildern, nicht.

Wie viele der Täter waren die Opfer von gestern? Was geschieht, wenn die Opfer von gestern aus der Entschlossenheit heraus handeln, nie wieder Opfer sein zu wollen, garantiert nie wieder?

RASSIFIZIERUNG UND VERNICHTUNG

Als ich anfing, mich mit der Geschichte politischer Gewalt in Ruanda zu beschäftigen, stolperte ich über eine bemerkenswerte Tatsache, Zu keinem Zeitpunkt vor 1959 gab es eine Aus-einandersetzung, in der Hutu auf der einen und Tutsi auf der anderen Seite gegeneinander gestanden hätten. Die Revolution von 1959 stand in dieser Hinsicht in scharfem Kontrast zu früheren Kämpfen, etwa dem Nyabingi-Aufstand arn Ende der Kolonialzeit. Nyabingi war eine spirituelle Bewegung im Norden des heutigen Ruanda, einem Gebiet, dass zu Beginn des 2Q.Jahrhunderts in das Königreich Ruanda eingegliedert wurde. Die Bakiga, die in diesem Gebiet lebten, bekämpften die deutsche Imperialmacht und die mit ihr verbündete Tutsi-Aristokratie des Königreichs Ruanda, aber sie sahen dies nicht als Kampf von Hutu gegen Tutsi. Sie bekämpften die Tutsi an der Macht, aber sie kämpften gemeinsam mit anderen Tutsi - zuerst unter der Führung einer früheren Tutsi-Königin, Muhumuza, dann unter ihrem Sohn, Ndungutse.

Die Bakiga begriffen sich auch nicht als Hutu. Bakiga, der Name den sie sich gaben, bedeutete „Bergvolk". Erst als sie unterlagen, und in das Königreich Ruanda eingegliedert wurden, hörten sie auf Bakiga zu sein und wurden Hutu, Denn Hutu war keine ethnische Identität, sondern die politische Identität aller, die dem ruandischen Staat unterworfen waren. Vor der Kolonialzeit wurden in Ruanda reiche Hutu zu Tutsi. Es waren wenige, aber der Vorgang war bezeichnend. Ebenso konnten über einen Prozess von Generationen verarmte Tutsi zu Hutu werden.

Die Vormacht der Tutsi war nichts, was der belgische Kolonialstaat erfunden hätte. Das Neue war nicht das Privileg der Tutsi, sondern seine Rechtfertigung. Erst mit dem Kolonialismus wurden die Hutu zu einer einheimischen, aber machtlosen Rasse erklart und die Tutsi zu einer fremden, zugewanderten, aber überlegenen Rasse. Die Ausweise, die der belgische Kolonialstaat ausgab und die zwischen Hutu und Tutsi unterschieden, beendeten die Übergänge zwischen beiden und schlossen beide Gruppen hermetisch gegeneinander ab.

Die Rassifizierung der Tutsi, und die Rassifizierung des Unterschieds zwischen Tutsi und Hutu, ist der Schlüssel zum Verständnis der politischen Gewalt zwischen Hutu und Tutsi. Wie oben erläutert, konstruierte der Kolonialstaat Afrikaner sonst üblicherweise als Ethnien, während er den Unterschied zwischen Afrikanern und „nicht-Afrikanern" als Rassen unterschied konstruierte. Die Gewalt ethnischer Konflikte unterschied sich daher von der Gewalt von Rassenkonflikten. „Stämme" waren Nachbarn, keine Fremden. Ethnische Gewalt ist Gewalt zwischen Nachbarn. Sie dreht sich um Grenzen, um die Überschreitung von Grenzen, aber sie stellt nicht die Existenz der anderen an sich in Frage, Nur im Kontext von Rassenkonflikten kann die schiere Existenz der anderen Gruppe als illegitim angesehen werden, ihr Machtanspruch als Fremdherrschaft, Wenn politische Gewalt den Charakter des Völkermords annimmt, geschieht dies daher mit hoher Wahrscheinlichkeit zwischen ..Rassen", nicht zwischen „Stämmen". Wie in Ruanda.

WER BEZAHLT DIE RECHNUNG IN UGANDA?

Es gibt drei historische Etappen, die zum Völkermord in Ruanda führten Die erste ist die der Kolonisierung und der Rassifizierung des Staatsapparats durch die Belgier in den Zwanziger Jahren. Die Zweite ist der Nationalismus der Revolution von 1959, eine Umwälzung, die im Namen der Gerechtigkeit die alten ˆkolonialen politischen Identitäten vertiefte. Oie dritte ist der Bürgerkrieg von 1990. Die Entfesselung des Bürgerkriegs von 1990 war keine rein innerruandische Angelegenheit. Sie war das Ergebnis einer regionalen Krise, sowohl in Ruanda als auch in Uganda. Uganda war eines der Lander, in denen die Tutsi-Exilanten nach der Revolution von 1959 Zuflucht gefunden hatten. Gesellschaftlich marginalisiert. schlossen sich viele davon dem Guerillakrieg gegen das unterdrückerische Gbote-Regime in Uganda an, der von 1981-85 dauerte. Als die Nationale Widerstandsarmee (NRA, National Resistance Army) im Januar 1986 siegreich in Kampala einmarschierte, waren unter ihren 16.000 Kampfern etwa ein Viertel Banyarwanda - ein Sammelname für alle, die während der kolonialen Ära nach Uganda eingewandert waren. Im Liiwero-Dreieck. wo sich die Kämpfe konzentriert hatten, bestand etwa die Hälfte der Bevölkerung aus Immigranten. Die größte Gruppe von Migranten war die aus Ruanda. In jedem Dorf, das die NRA befreite und wo sie eine Volksversammlung organisierte, stand die NRA deshalb vor der Frage: Wer war berechtigt, an der Versammlung teilzunehmen? Wer war

stimmberechtigt? Wer konnte für ein Verwaltungsamt kandidieren? Die koloniale Praxis hatte Rechte an die Abstammung gebunden; indem sie Migranten als Fremde definierte, hatte sie ihnen alle politischen Rechte vorenthalten. Die NRA entschied sich dafür, die Grundlage des Rechtssystems zu verschieben: vom Abstammungsrecht zum Residenzrecht. Jeder erwachsene Einwohner eines Dorfes war berechtigt, an der lokalen Volksversammlung teilzunehmen. Nach dem Sieg von 1986 wurde diese veränderte Rechtsauffassung auf die Ebene des nationalen Rechts übertragen: jede und |eder, die sich seit mindestens 10 Jahren in Uganda aufhielten, galten als ugandische Staatsbürger. Die ruandischen Flüchtlinge der Revolution von 1959 waren somit jetzt Ugander.

Dieses politische Erbe der ugandischen Revolution von 1986 wurde infrage gestellt, als die NRA 1990 in ihre erste große politische Krise geriet. Anlass war das Bestreben, einen der 10 Punkte des revolutionären Programms der Guerilla-Zeit umzusetzen, nämlich die Verteilung von Land, dessen Eigentümer im Ausland lebten, unter die bauerliche Bevölkerung. In einem Land, dessen bauerliche Bevölkerung hoch mobil war, warf die Landverteilung notwendig die Frage auf. Wer sollte das Land bekommen? Wer war Einwohner?

Die Opposition in Uganda mobilisierte massiv dafür, Banyarwanda [Migranten) von der Verteilung auszuschließen. Die Schwere der politische Krise kam in einer Mammutsitzung des Parlaments zum Ausdruck, die drei Tage dauerte. Am Ende änderte das Parlament das Staatsburgerschaftsrecht: Der Grundsatz der 10-Jahres-Residenz wurde abgeschafft. Um als Staatsbürger anerkannt zu werden, musste stattdessen jetzt eine althergebrachte Verbindung zum Land nachgewiesen werden, d.h., mindestens ein Großelternteil musste auf dem Gebiet des heutigen Uganda geboren sein. Einen Monat später überschritt die HPA, die Ruandisch-Patriotische Armee, die Grenze von Uganda nach Ruanda. Der bewaffnete Einmarsch nach Ruanda war gleichzeitig ein bewaffneter Hinauswurf aus Uganda.

VOM BURGERKRIEG ZUM VOLKERMORD

Inzwischen hatten sich die Dinge in Ruanda erneut geändert. Die Zweite Republik in Ruanda, die mit dem Staatsstreich von 1973 begann und Habyarimana an die Macht brachte, hatte das Verhältnis von Hutu und Tutsi neu definiert. Tutsi galten nicht mehr als Rasse, sondern als Ethnie. Während Tutsi in der Ersten Republik zugewanderte Fremde waren, wurden sie in der Zweiten Republik zu einer normalen policischen Minderheit. Die Zweite Republik betonte nicht mehr den Unterschied zwischen Hutu und Tutsi, auf den die Erste Republik ihr nationalistisches Projekt gestutzt hatte; sie unterschied dagegen mit aller Härte zwischen den Tutsi, die in Ruan-da geblieben waren, und denen, die 1959 ins Exil gegangen waren. Die ersteren wurden poli-tisch gleichgestellt als ruandische Bürger, denen als Angehörige einer rechtlich anerkannten ethnischen Minderheit auch eine bestimmte Mindestvertretung in den politischen Institutionen garantiert wurde. Den Exilanten wurde dagegen die Staatsbürgerschaft für alle Zeiten aberkannt; für sie werde es keinen Platz mehr in Ruanda geben. Entsprechend der formalen Gleichstellung der inlandischen Tutsi verschob sich auch die Hauptlinie der politischen Auseinandersetzung m der Zweiten Republik zu einer innerhalb der Hutu-Elite, nämlich denen aus dem Norden und denen aus dem Süden des Landes.

Der Einmarsch der Ruandisch-Patriotischen Armee [RPA] der exilierten Tutsi aus Uganda löste nicht nur den Bürgerkrieg in Ruanda aus, sondern verschob damit auch die politischen Kräfteverhältnisse. Die Regierung Habyarimana. die sich unter einem erheblichen Liberalisierungsdruck von Seiten der Opposition gegenübersah, nutzte die Gelegenheit, sich als Verteidiger der Nation zu profilieren und stellte den Einmarsch der RPA als erneuten Versuch dar, die koloniale Monarchie der Tutsi wiederherzustellen - wie es 1963 gewesen war. Radikale Hutu, die in der Zweiten Republik an Einfluss verloren hatten, besetzten wieder den politischen Mainstream, Als selbsterklärte Verteidiger der „Hutu-Macht" organisierten sie eine Vielzahl von Medien - Radio, Fernsehen, Printmedien -, die das Gespenst an die Wand malten, die Errungenschaften der Revolution seien bedroht von den Tutsi - und diese seien in der Tat eine usurpatorische Rasse, keine einheimische ethnische Minderheit. Die politische Opposition der Zweiten Republik dagegen wurde, je mehr die RPA an Boden gewann, als deren fünfte Kolonne verleumdet, und ihre demokratischen Forderungen wurden als antiruandisch diskreditiert.

Aus den Gebieten, in denen die RPA die militärische Kontrolle erlangte, floh die örtliche Hutu-Bevölkerung oder wurde vertrieben. 1994 waren ca. 15 % der ruandischen Bevölkerung auf diese Weise zu Flüchtlingen geworden; einige davon wurden bis zu viermal vertrieben. Die meisten der Hutu-Flüchtlinge lebten in Lagern um Kigali und im Süden des Landes. Aus den Jugendlichen dieser Lager rekrutierten sich einige der besonders fanatischen Mörderbanden des Völkermords. Das Schicksal der Flüchtlinge verbreitete Panik unter denen, die noch nicht vertrieben waren. Die Medien der „Hutu-Macht" schürten diese Angst: wenn die Tutsi an die Macht zurückkehrten, wurden die Hutu ihr Land und ihre Freiheit verlieren - alles, was sie hatten. Der Bürgerkrieg 1990-1994 warf Ruanda zurück m die Welt der Hutu-Macht versus Tutsi-Macht. Ohne den Bürgerkrieg hätte es keinen Völkermord in Ruanda gegeben. Die Krise, die durch die Staatsbürgerschaftsfrage in Uganda ausgelöst wurde, war eine regionale - sie provozierte Bürgerkriege nicht nur in Ruanda, sondern auch in Uganda und selbst im Congo. Aber nur in Ruanda setzte er ein Pulverfass in Brand, das aus kolonialem Erbe, Rassifizierung von sozialen Gegensätzen, und einer antikolonialen Revolution bestand, in der die befreite Nation als die einer befreiten Rasse definiert wurde.

POSTKOLONIALISMUS UND DER KULT DER SUBALTERNITÄT

Wenn im Kolonialismus die Entstehung der Gewalt zwischen Hutu und Tutsi begründet hegt, so erklärt dies nicht, warum diese Gewalt sich nach der Revolution fortsetzte. Rassifizierung war nicht einfach eine Staatsideologie; es war eine soziale Ideologie, die von vielen Hutu und Tutsi real reproduziert wurde. Dies geschah im wesentlichen durch das nationalistische politische Projekt, das die koloniale Identität der Hutu umstandslos in die postkoloniale ruandische Identität übersetzte. Die Kritik der Rassifizierung führt daher notwendig zu einer Kritik des nationalistischen Projekts und damit der Revolution von 1959 und ihrer populären Agenda.

Die ruandische Revolution von 1959 firmierte als „Hutu-Revolution". Die Revolutionäre schufen Ruanda als eine „Hutu-Nation", verbunden mit der Vorstellung von Gerechtigkeit für die Hutu, gegen die Tutsi. Damit schrieben sie die kolonialen politischen Identitäten fort: Hutu als Einheimische, Tutsi als Immigranten. Aber wo liegt die Grenze zwischen Gerechtigkeit und Rache? Die Revolutionäre von 1959 drehten die Ordnung der Welt um, aber sie veränderten sie nicht. Anstelle die politische Welt umzugestalten, die der Ko-

lonialismus hinterlassen hatte, eine Welt aus Kolonisierten und Kolonisatoren, bestätigten sie sie.
Wieso geschah das? Wie entsteht dieser blinde Fleck? Das Handeln der unterworfenen Massen war der Gegenstand eines ambitionierten Geschichtsprojekts in Südasien, der sogenannten „Subaltern Studies". Inspiriert von Antonio Gramsci, weist das Wort „subaltern", „untergeordnet", auf die Bedeutung des Handelns der „Unteren" hin. Es war die historische Leistung der Subaltern Studies, ihrer „Geschichte von unten", die Ausgegrenzten und Unterworfenen nicht nur als Objekt der Geschichte zu begreifen, sondern als Menschen, die sie ebenfalls gestalten, und die Sie ändern können. Das Beispiel Ruanda macht hingegen eine Grenze dieses Ansatzes klar. Auch das Handeln der Subalternen, der Unterworfenen, ist von spezifischen Institutionen strukturiert. Das Wesen der Subalternität als historisch geformt zu begreifen, wie Fanon es tat, bedeutet es zu unterlaufen.
Wenn Subalternität nicht selbst verändert und aufgelbst wird, bringt sie mit hoher Wahrscheinlichkeit das Bestreben nach einer bloßen Umwälzung, einem Tauschen der Plätze, hervor. Deshalb können wir an eine „subalterne Identität" weder einfach anschließen noch sie bedingungslos zurückweisen. Ohne ein Verständnis für die historischen Grenzen dieser Identität, ohne eine institutionelle Umgestaltung, die auch die Identitäten verändert, können wir das historische Dilemma nicht lösen: dass entweder der Kampf der Subalternen für Gerechtigkeit zur Rache wird, oder aber eine Politik der Versöhnung das überkommene Unrecht unangetastet lässt. Ohne eine weitergehende Perspektive bleibt der Konflikt in einer Welt der Katze und der Ratte stecken, wie Lenin in seiner Kritik am polnischen Nationalismus - mit dem er Rosa Luxemburg zu sehr identifiziert sah - schrieb. Die Welt der Katze und der Ratte ist die politische Welt der Hutu und der Tutsi, wie sie vom Kolonialismus geschaffen und von der Revolution 1959 fortgeschrieben wurde. Für die Ratte gibt es im Angesicht der Katze kein größeres Tier - weder Löwe, noch Tiger, noch Elefant. Für die Katze gibt es im Angesicht der Ratte keine erstrebenswertere Beute. Die politische Welt, die der moderne Staat und der moderne Kolonialismus erzeugt, produziert endlos subalterne Identitäten, in Zweierpaaren. Für jeden Offizier gibt es einen Untergebenen, für jeden Kolonisator einen Kolonisierten. In einer Welt, wo es relativ viele Ratten und relativ wenige Katzen gibt, ist es eine praktikable Methode für Katzen, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, dass sie den Ratten einen Diskurs über deren Herkunft nahe bringen, über einheimische Ratten und Migrantenratten, über rattische Ethnien und Rassen. Auch in einer Welt, wo die Ratten die Katzen zurückgeschlagen haben, ist es deshalb sehr gut möglich, dass die Ratten das alte Spiel von Katze und Ratte weiterspielen. Um die Welt wirklich zu verändern, müssen wir nicht nur aus der Weltsicht der Katze ausbrechen, sondern auch aus der Weltsicht der Ratte; nicht nur aus der Perspektive der Kolonisatoren, sondern auch aus der der Kolonisierten. Wenn wir die Perspektive der Ratte nicht verlassen, wird Postkolonialismus ein Fegefeuer bleiben, dessen Etappen von Gewalt markiert sind, die keinen revolutionären Inhalt hat. Der Völkermord in Ruanda zeigt dieses Dilemma wie in einem Brennglas.

Afrika-Veranstaltungsreihe

die Dritte

The Trauma of Everyday Racism (in english)

Vortrag von Grada Ferreira (Psychologin)

Donnerstag 04.12.03 18 Uhr,
Uhlhornsweg, Uni-Gebäude, A4 3-307

Originally the word ´trauma' is derived from the Greek word meaning wound or injury. The term includes the idea of harm and pain. Trauma has been rarely discussed within the contexts of (Post-) Colonialism and Racism – what reveals the little importance that it has been given to the history of racial oppression and the psychological consequences suffered by the oppressed. In this lecture I will explore Trauma in the context of Everyday Racism, and I will look at racism as a sequential trau-matic experience which imprisons the Black person in discourses of inferiority and alienation.

Biography:
Grada Ferreira; Psychologist, doing research and teaching "Race, Gender and Racism – from a Black Perspective" , at the Humboldt University Berlin, department of Gender Studies.

Afrika Ag
an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

In Kooperation mit ZFG und Dritte Welt Informationszentrum und Laden Auguststrasse 50. Mit finanzieller Unterstützung des AStA der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Die weiteren Termine :

09.12.03 18 Uhr
Eleonore Wiedenroth (ISD): Diskriminierung und Schule; Uni, Sporttrakt S2-206

10.12.03 18 Uhr
Maisha Eggers (Erziehungswissenschaftlerin aus Berlin): Rassifizierung und weisse Identitäten; In Kooperation mit dem ZFG, Uni Oldenburg , A1 010

18.12.03 18 Uhr
Nicola Laure al-Samarai (Historikerin): „Die Adolfsche Zeit war die schlimmste, die man sich vorstellen kann..." Schwarze Menschen im Nationalsozialismus + Film „Black Survivors of the Holocaust" Bibliotheksgeb. Uhlhornsweg, BIS-Saal

Illegalisierung bedeutet Entrechtung

Die Taschen stehen stellvertretend für Leute ohne legalen Aufenthaltsstatus. Ohne Papiere öffentlich aufzutreten, bedeutet ein großes Risiko. Aber viele profitieren von unserer rechtlosen Situa-tion. Deswegen verschaffen wir uns auf diesem Weg Gehör und fordern das Recht, Rechte zu haben." So erklingt es aus einer der riesigen, karierten Plastiktaschen, die in mindestens fünfzigfacher Ausführung vor dem Eingang der Messehalle ICC aufgereiht sind. Dort findet der erste Bundeskongress der Gewerkschaft Ver.di statt. Die Taschen sind Teil einer Aktion der Gesellschaft für Legalisierung, die mit einer Bustour durch Berlin auf die Situation von Menschen ohne Papiere aufmerksam machen will.

500 000 bis eine Millionen Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus leben und arbeiten schätzungsweise m Deutschland. 100 000 davon allein in Berlin. Viele davon kommen aus Lateinamerika. Sie bilden eine heterogene Gruppe. Akademikerinnen sind genauso darunter wie Elektriker, Hausfrauen wie Landarbeiterinnen. Aufgrund der restriktiven Zuwanderungs- und Aufenthaltsbestimmungen bleibt ihnen nach Ablauf eines Visums oder der Aufenthaltserlaubnis oft nur die Rückkehr m das Herkunftsland oder das Leben in der Illegalität. Doch selten haben sich die Gründe, die zu der Entscheidung geführt haben, das eigene Land zu verlassen, seit dem geändert. Also bleiben sie. Nicht immer aber ist Illegalisierung gleichbedeutend damit, keine Aufenthaltspapiere zu besitzen. Schwarzarbeit aufgrund von fehlender Arbeitserlaubnis ist auch eine Form von Illegalisierung.

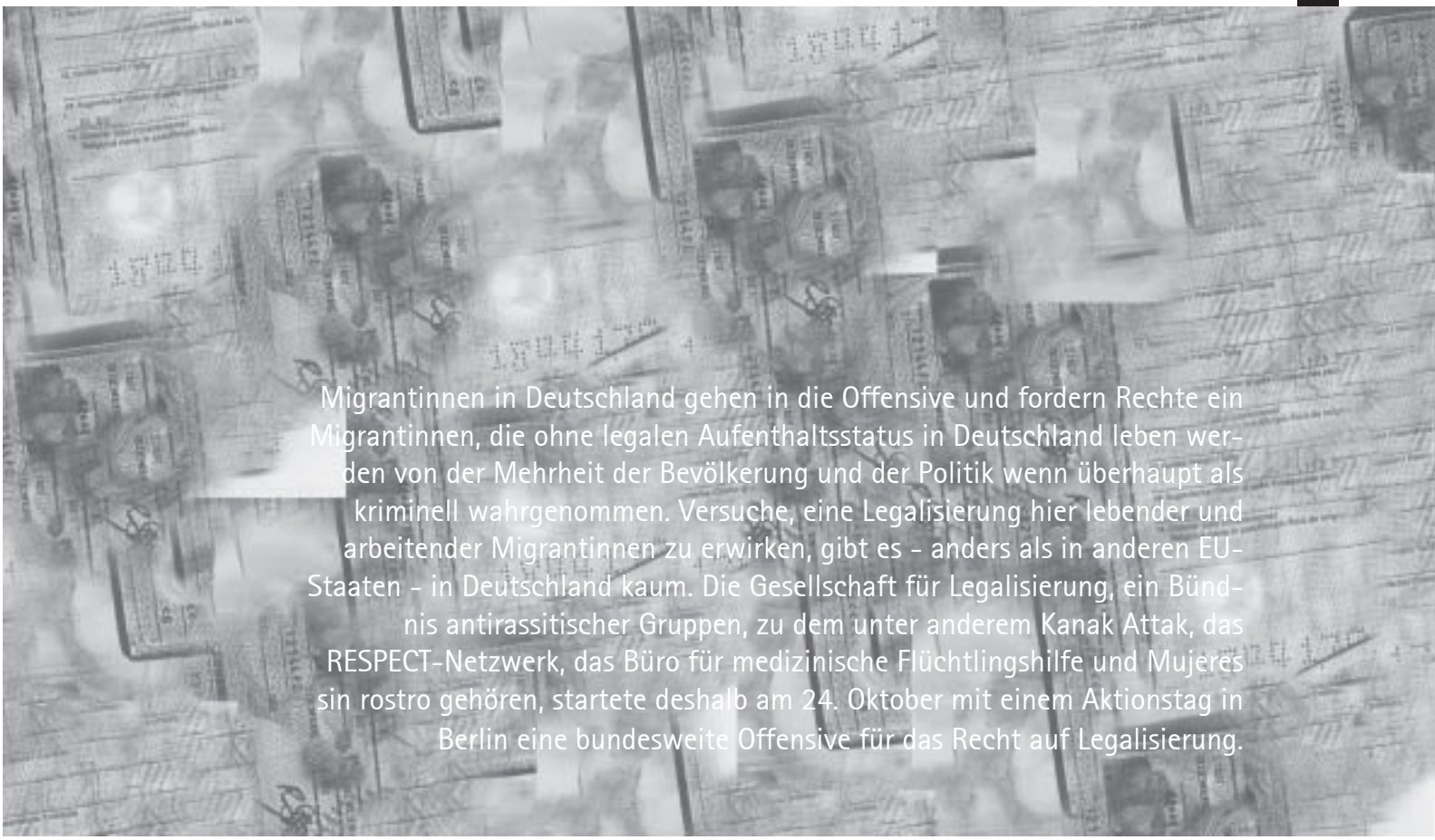
Multiple Ausgrenzung

Mit sich bringt das Leben ohne Papiere nicht nur eine alltägliche Angst vor Kontrolle und Polizei, sondern auch eine vielschichtige Entrechtung. Es bedeutet von einer Gesundheitsversorgung ausgeschlossen zu sein, Kinder in den meisten Bundesländern nicht in Schule oder Kindergarten schik-ken zu dürfen und am Arbeitsplatz, kaum m der Lage zu sein, Arbeitsrechte einzufordern, um nur einige Bespiele zu nennen.

Legalisierungsinitiativen gab es von Seiten der Politik bis jetzt nicht. Die Debatten um ein neues Zuwanderungsgesetz drehen sich ausschließlich um die Anwerbung wirtschaftlich interessanter Migrantinnen sowie um die Steuerung und Begrenzung von Einwanderung. Die Menschen, die hier bereits leben und arbeiten, jedoch keine Papiere haben, werden vollkommen ignoriert. Nach 50 Jahren deutscher Einwanderungsgeschichte wird Migration immer noch nicht als Normalität wahrgenommen, auch dann nicht, wenn Globalisierung inzwischen als Zeichen unserer Zeit erlebt wird. Einwanderer und Einwanderinnen gelten weiterhin als Störfaktor, die das „Eigene" bedrohen - die vermeintliche deutsche Leitkultur oder wechselweise das abendländische Erbe - oder „uns" auf der Tasche liegen. Auf diese Weise erscheinen Migrantinnen, „die noch nicht einmal Papiere besitzen", schnell als Kriminelle. „Wir sind unter Euch" tönt deswegen
die erste Erklärung der Gesellschaft für Legalisierung aus den Taschen, um aus der totgeschwiegenen und kriminalisierten Ecke hinauszukommen und eine Offensive für das Recht auf Legalisierung zu starten.

Arbeit und Ilegalisierung

„Es kann nicht sein, dass Grund-und Menschenrechte von einem gültigen Stempel im Pass abhängen", sagt Valeria, die beim Büro für medizinische Flüchtlingshilfe mitarbeitet. Sie ist selbst Studen-tin und kam vor drei Jahren aus Kolumbien nach Deutschland und fühlt sich hier sehr wohl. „Klar", sagt sie. „ich bin ja auch eine Privilegierte unter den Migrantinnen mit einem Studentenvisum. Ich muss keine Angst vor Polizei oder vor Kontrolleuren



Migrantinnen in Deutschland gehen in die Offensive und fordern Rechte ein

Migrantinnen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben werden von der Mehrheit der Bevölkerung und der Politik wenn überhaupt als kriminell wahrgenommen. Versuche, eine Legalisierung hier lebender und arbeitender Migrantinnen zu erwirken, gibt es - anders als in anderen EU-Staaten - in Deutschland kaum. Die Gesellschaft für Legalisierung, ein Bündnis antirassitischer Gruppen, zu dem unter anderem Kanak Attak, das RESPECT-Netzwerk, das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe und Mujeres sin rostro gehören, startete deshalb am 24. Oktober mit einem Aktionstag in Berlin eine bundesweite Offensive für das Recht auf Legalisierung.

in der U-Bahn haben und darf arbeiten. Allerdings nur drei Monate im Jahr." Arbeitet sie mehr, riskiert auch sie ihr Bleiberecht. „Privilegien bedeuten, mehr Rechte zu haben als andere. Uns ist es daher wichtig, die Trennungen zu überwinden, die uns das deutsche Ausländergesetz aufdrückt. Es geht nicht um einen Bonus für wirtschaftlich interessante Migrantinnen, sondern um das Recht, Rechte zu haben," erzählt sie, wahrend sie wie die anderen Teilnehmerinnen der Aktion Infobroschüren der Gesellschaft für Legalisierung im Layout von Ver.di an die zwischen den Taschen vorbeieilenden Gewerkschafterinnen verteilt, .Viele meiner Freundinnen haben zwar keine oder unzurei-chende Papiere, aber sie sind hier beschäftigt. Der Dienstleistungs-sektor, vor allem der Pflege-, Reinigungs- und Hausarbeitsbereich, würde gar nicht funktionieren ohne die Billigstlohnkräfte, die die Papierlosen aufgrund ihrer prekä-ren Rechtslage darstellen", sagt sie. Bis jetzt sehen viele Gewerkschafterinnen legalisierte Arbeitnehmerinnen eherals schwarzarbeitende Unterwanderer von Tarifverträgen, wenn sie diese überhaupt wahrnehmen, Doch der Protest vor dem Verdi Kongress scheint Wirkung zu zeigen. Nach zahlreichen Diskussionen mit linken Gewerkschafterinnen können fünf Minuten Redezeit auf der Hauptversammlung erstritten werden - allerdings mit der Einschränkung, dass keine Person ohne Papiere sprechen dürfe. „Zuerst der Pass, dann der Mensch", kommentier tValena diese Schikane, findet jedoch auch, dass diese Chance nicht ungenutzt bleiben sollte. In dervollen Messehalle spricht eine Migrantin von Respect - einem Netzwerk, dass sich fürdie Rechte von Hausarbeiterinnen einsetzt -auf Spanisch mit deutscher Übersetzung zu den Delegierten: „Wir wollen endlich am Ende des Monats unser Gehalt bezahlt bekom-men, wir wollen nicht mehr sexuell am Arbeitsplatz belästigt werden, wir wollen einen angemessenen Lohn für unsere Arbeit." Auf dem Fernsehbildschirm im Foyer verfolgen die anderen die Rede, Zum Abschluss heißt es: „Wir sind hier, damit ihr unsere Stimme hört, wir sind hier, weil wir die Unterstützung der Gewerkschaft brauchen und das Recht haben wollen, ihr beizutreten." Der Applaus ist ausdauernd. „Angesichts der fast gesamtgesellschaftlichen Ignoranz dieses Themas ist das ein voller Erfolg", freut sich Valeria. Im Anschluss erklärt auch Gewerk-schaftsvorsitzender Frank Bzirske, er unterstütze die Kampagne und „könne sich eine Legalisierung vorstellen". Über konkrete Unterstützung von arbeitenden Migrantinnen im Arbeitskampf spricht er nicht.

Dass dieser erfolgreich sein kann, bewiesen zwanzig Afrikaner, die ohne Arbeitsgenehmigung auf einer Baustelle von der Wohnungsbaugesellschaft Mitte beschäftigt und dann um ihren Lohn betrogen worden waren. Nach Protesten, den einige antirassistischen Gruppen unterstützten, fügte sich im Juni schließlich die Wohnungsbaugesellschaft und übte Druck auf die beauftragten Subunternehmen aus. Auf diese Weise konnten zwanzig Arbeiter 13 500 Euro Lohnnachzahlung erwirken. Aus diesem Grunde heißt die nächste Station des Tages auch Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte. Dort wird der Erfolg mit Sekt gefeiert, aber auch weiter protestiert denn die Lohnbetrüge laufen seit juni weiter: schon 2l weitere Migranten haben seit dem um Unterstützung gebeten, weil auch sie keinen Lohn ausgezahlt bekommen haben.

Gesundheitsversorgung je nach Aufenthaltsstatus

Der nächste Tourstopp ist das Berliner Universitätsklinikum Charite. Während wieder die großen Taschen vor dem Eingang aufgebaut werden, laufen Valeria und andere in weißen Kitteln in die Notaufnahme und verteilen Informationsmaterial. Am Anmeldungsschalter werden „Transkontinental-Krankenkassenkarten" im Design der Techniker Krankenkassenkarten ausgelegt, auf

denen einfach „gültig" steht und unter Status „egal" vermerkt ist, Draußen werden über einen Lautsprecher Schicksale von Patientinnen verlesen, die in der Charite auf Grund ihres Aufenthaltsstatus schlecht oder sogar gar nicht behandelt wurden: Eine Vietnamesin, die schwanger unter Einwilligung der Arztinnen in Handschellen von der Station ins Abschiebegefängnis gebracht wurde oder eine Polin, die vom Krankenhaus mit dem Krankenwagen „abgeschoben" wurde - aus Kostengründen.

Menschen unabhängig von ihrem Aufenthalts Status zu behandeln, ist m Deutschland nicht vorgesehen. So haben Asylsuchende keinen Anspruch auf eine Krankenversicherung. Allein in Fälle „akuter Erkrankungen und Schmerzzustande", über dessen Erträglichkeitsgrad die Sozialbehörden entscheiden, werden Asylsuchenden „Krankenscheine" ausgestellt. So ist die Behandlung oft vom

Wohlwollen der Sachbearbeite-rinnen abhängig, Menschen ohne Papiere sind von einem Zugang zur Gesundheitsversorgung gänzlich ausgegrenzt. Bei einer Einlieferung ins Krankenhaus müssen sie mitunter befürchten, vom Personal bei der Ausländerbehörde denun-ziert zu werden, auch wenn Krankenhäuser dazu juristisch nicht verpflichtet sind - anders als Sozial-behörden, die laut Ausländerge-setz einer Meldepflicht über illegalen Aufenthalt unterliegen, ‚Wir sind aber heute nicht nur gekommen, um die Zustände anzuprangern", meint Valeria. „Arztinnen verpflichten sich dazu, den Patientinnen zu helfen und nicht der Ausländerpolizei oder den Kostenstellen der Krankenhäuser. Daran wollen wir sie mit dieser Aktion erinnern und ihnen Mut machen, sich gegen rassistische Ausgrenzung stark zu machen." So steht es auch auf den Postkarten, die Valeria verteilt: „Ob Borg oder Kiingone, ob mit Papieren oder ohne, ist mir Bohne", steht unter dem Foto von Dr. med. Pille von Raumschiff Enterprise. Dass es die-se Ärztinnen inzwischen gibt, bezeugt Valerias Arbeit. Mittlerweile verfügt das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe über einen Pool von 80 Ärztinnen, Hebammen und Psychologinnen, die Patientinnen ohne Papiere anonym und kostenlos behandeln. Zweimal die Woche versucht Valeria, Behandlungen für Migrantinnen zu vermitteln. Über 1000 Vermittlungen sind es im Jahr. „Ich denke, heute ist unsere Vermittlungstätigkeit schon etwas entkriminalisierter als noch vor ein paar Jahren", sagt sie, „und auch unser Büro ist inzwischen zu einer relativ akzeptierten Einrichtung geworden. Natürlich birgt diese Akzeptanz auch die Gefahr, zu einer professionellen Hilfsorganisation zu werden. Deshalb ist unsere politische Arbeit, die Forde-rung nach einem Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle, neben der alltäglichen praktischen Arbeit auch so wichtig." Sie selber hat durch ihr Studentenvisum eine Krankenversicherung, aber eine Aufenthaltserlaubnis über den Zeitraum des Studiums hinaus, wird auch sie kaum erhalten.

Entrechtung sichtbar machen

Migration beauftragte richten Schränke mit Wasserrationen in der Wü-die Migrantinnen nicht verdursten und Orientierungspunkte haben.

Von der Charite geht es weiter zum Checkpoint Charlie, wo im Mauermuseum Fluchthelfer noch als ehrenwerte Personen dargestellt werden. Ein Hochzeits-Autokorso wird kurzfristig von der Polizei wieder verboten und findet nun eher leise zu Fuß statt. Es soll auf die Strategie der Schutzheirat als Möglichkeit, seinen Status zu legalisieren, aufmerksam machen. „Für mich hat diese Aktion zwei Seiten", sagt Valeria, die neben dem weißen Kittel jetzt auch einen weißen Brautschleier trägt und auf der letzten Etappe des heutigen Tages einen Heiratsrat-geber mit dem Titel .Welche Farbe hat deine Zahnbürste?" an Passanten verteilt, der wissenswerles über Schutzheiraten erzählt. „Einerseits geht es für mich darum, darauf aufmerksam machen, wie weit man mit unter gehen

muss, um hier Rechte zu haben; andererseits geht es auch darum, zu sagen, hey, guckt mal, das ist o.k., so etwas zu machen."

Um die Sichtbarmachung dieser unterschiedlichen Legalisierungsstrategien und Protestmöglichkeiten geht es der Gesellschaft für Legalisierung mit ihrer Offensive. Ihr Ansatzpunkt sind die all-täglichen Kämpfe für individuelle und kollektive Rechte, die in verschiedenen Bereichen schon stattfinden. Sie orientiert sich nicht an Forderungen nach einer „Stichtagregelung", wie es sie in anderen Ländern gibt, sondern will die Spannbreite der Entrechtungen von Migrantinnen deutlich machen, von denen die Papierlosen nur die Spitze des Eisbergs darstellen, Fragt man Valena, wie es weiter geht, wenn sie mit Ende ihres Studiums ihren Aufenthaltstitel verliert, lacht sie. „Wie mein persönlicher Kampf um Rechte aussieht, möchte ich hier nicht erzählen. Doch eins ist sicher: Ich werde hier bleiben, hier arbeiten und weiter politisch aktiv sein", sagt sie und winkt mit einer der großen Taschen. „Ich hoffe nur, dass ich dann nicht aus einer dieser Taschen sprechen muss.

Anne Becker

Die nächsten Tourdaten1 22. November München 27. November Hamburg
Infos:

www.rechtauflegalisierung.de

www.medizinischefluechtlingshilfe.org

www.kanakattak. de

Kiralina needs your

money money

Die Gruppe Kiralina packt Knastpakete für die Berliner Frauenknäste Pankow und Lichtenberg. Jeder und jede im Strafvollzug einsitzende Gefangene darf im Jahr auf Antrag drei Genussmittelpakete von draussen bekommen. Einmal zu Ostern, zu Weihnachten und zu einem von dem Gefangenen selbst zu wählenden Zeitpunkt. Die Frau muss einen Antrag bei der jeweiligen Knastleitung stellen, wird das Paket bewilligt bekommt mensch eine Paketmarke mit einer Nummer und einen Merkzettel ausgehändigt.Der Merkzettel enthält die Bestimmungen die eingehalten werden müssen damit der Inhalt der Gefangenen komplett ausgehändigt wird.

Kiralina finanziert die Knastpakete und andere Ausgaben ausschliesslich über Spenden. Leider können wir momentan noch nicht auf Spenden aufbauen, da sich bis jetzt kaum vor allem regelmässige SpenderInnen gefunden haben. In der jetztigen Situation haben sich allerdings andere Finanzquellen erschöpft,so dass wir dringenst auf regelmässige Spenden angewiesen sind, um die Finanzierung der Knastpakete auch nur annähernd gewähren zu können. Wir rufen daher dazu auf das Projekt und somit die Frauen im Knast zu unterstützen. Regelmässig, einmal im Monat, 5-25 euro überweisen, würde einen für uns sehr hilfreichen Beitrag darstellen.

E.Schönefeldt, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10, KontoNr 190 500 109

„Hurrah wia ferblöden!“

Anlässlich der im Sommer 2004 in Kraft tretenden Bildungs“reformen“ der niedersäch-sischen CDU/FDP-Regierung ruft das SchülerInnen-aktionsbündnis „Mucken statt Ducken“ für den letzten Schultag, dem 30.1., zu einer SchülerInnendemo nach der Zeugnis-vergabe auf. Wer Bock hat bei der Organisation mitzuarbeiten, kann don-nerstags um 18 Uhr ins Alhambra kommen. Am Vorabend wird es noch ein Soli-Punk-Konzi im Alhambra geben.

Oldenburger SchülerInnenbündnis feiert 1. Geburtstag

Das Gründungsdatum weiß wohl niemand mehr genau, doch irgendwann dieser Tage wird der im November des vergangenen Jahres im Schatten des drohenden Irakkriegs gegründe-te und seitdem unter verschiedenen Namen und Besetzungen („SchülerInnen gegen jeden Krieg“, „Unabhängiges SchülerInnenbündnis“ und zuletzt „SchülerInnenaktionsbündnis Swimmy“) politisch kritisch agierende Zusam-menschluss von Oldenburger SchülerInnen verschiedener Schulen seinen ersten Geburts-tag feiern. (...)

Als nächste anstehende Aktion ist am letzten Halbjahresschultag (Zeugnisausgabe) eine er-neute SchülerInnendemo geplant, die sich pri-mär gegen die im Sommer 2004 in Kraft tre-tenden, neben der Abschaffung der OS, der Einführung von Zentralabi und „Profil-oberstufe“ auch Kontroll- und Druckinstru-mente wie landesweite einheitliche, zentrali-siert ausgewertete Kontrollarbeiten in der zehnten und – jetzt neu im öffentlichen Dis-kurs – auch nach der vierten Klasse implizie-renden Bildungsreformen der niedersäch-sischen (Bildungspolitik ist Ländersache) CDU/FDP-Landesregierung richtet. Neben aktuellen Geschehnissen wie beispielsweise die oben umrissene Bildungsreform sollen im Bündnis auch weitergehende Themen wie die generel-le Funktion der Bildung in der kapitalistischen Ökonomie, bereits etablierte Druckinstrumente wie beispielsweise Kopfnoten, sowie etwaige Alternativen zum gegenwärtigen sozial selek-tierenden Bildungssystem debattiert und – z.B. im Rahmen der anstehenden Demonstration – artikuliert werden.

Kritikpunkte gibt es genug, so attestiert auch die vielzitierte PISA-Studie dem deutschen Bildungssystem eklatante Schwächen bei der Kausalität zwischen sozialer Stellung der El-tern und den Bildungschancen des Kindes, d.h. fast nirgendwo ist die Quote von Gymnisiast-Innen/StudentInnen aus sozial schwächeren Familien derart niedrig wie in Deutschland, bzw. die Zahl von Kindern aus sozial schwä-cheren oder MigrantInnenfamilien an Haupt-schulen so hoch. Diese bedenkliche Tendenz dürfte durch die Neuerungen der Landesre-gierung (z.B. Abschaffung der Lehrmittel-freiheit, Einführung von Studiengebühren) noch forciert werden. Hinzu kommt eine in-flationäre Ökonomisierung und Privatisierung von (Hoch)schulen z.B. durch transnationale, wirtschaftsliberale Protokolle wie dem GATS (**G**eneral **A**greement on **T**rade in **S**ervices / allgemeines Abkommen über Handel mit Dienst-leistungen), das die reelle Gefahr einer Zwei-klassenbildung (öffentliche vs. Private Bildungseinrichtungen) in sich birgt. Eine der-artige Diskrepanz zwischen relativ schlecht ausgestatteten öffentlichen und über-finanzierten privaten Schulen ist heute z.B. schon in Großbritannien zu beobachten.

Wer Interesse hat allgemein im SchülerInnen-bündnis oder explizit an den Vorbereitungen zur Demonstration mitzuwirken, sich mit all-gemeinen, die Bildungs- oder andere politi-sche Ereignisse betreffenden Problemen an uns wenden oder diese in lockerer Atmosphäre (bei Kickern und Essen) diskutieren möchte, kann zu den wöchentlich donnerstags um 18 Uhr im Alhambra stattfindenden Bündnistreffen kommen.

Mehr Informationen zur Arbeit des Bündnis-ses und zur Demonstration findet ihr im Internet unter:

www.osb-ol.tk und

www.mucken-statt-ducken.tk

M - eine Stadt sucht die Mörder

Raus gegen die NATO-Kriegskonferenz am 6.-8. Feb. 04 nach München!

Bei der jährlichen "Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik" tagt kein Debattierclub. Dort treffen sich Verantwortliche für Krieg, Zerstörung und Elend, um die Gegenwart zu beherrschen und die Zukunft zu bestimmen.

Gegen EU-Militärmacht und deutsche Kriegspolitik: Stoppt den globalen Krieg der NATO-Staaten!

In München werden Kriege vorbereitet! Bei der jährlichen "Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik" tagt kein Debattierclub. Dort treffen sich Verantwortliche für Krieg, Zerstörung und Elend, um die Gegenwart zu beherrschen und die Zukunft zu bestimmen.

Wer diese Zukunft nicht will, wer gegen Krieg ist, wer den Militarismus in die Schranken weisen will, wer keine Gesellschaft will, in der Rassismus und Patriarchat Normalzustand sind, muss gemeinsam auf die Straße gehen, gegen das Treffen der Kriegstreiber! Vom 6. bis 8. Februar 2004 wird die NATO-Kriegskonferenz, von ihren Vertretern auch gerne "Sicherheitskonferenz" genannt, zum 40. Mal in München stattfinden: Wieder werden Allianzen gefestigt, Spielräume abgesteckt und Konkurrenten besänftigt. Wieder einmal wird Gegnern gedroht, werden Kriege gerechtfertigt, werden strategische Debatten die Tagesordnung bestimmen und neue Kriege geplant.

2003 hatten sich die USA, die EU, China und Russland über den jeweiligen Nutzen des "Krieges gegen den Terror" bezüglich ihrer eigenen imperialen Interessen verständigt - ob im Irak, in Afghanistan, in Tschetschenien oder Tibet. Diesmal ziehen sie sicherlich ein Resümee der letzten Kriege. Sie werden sich damit auseinander zu setzen haben, dass sie nicht in der Lage sind, angefangene Kriege trotz operativer Erfolge zu beenden. In München wird der Krieg im Irak im Mittelpunkt stehen und weitere militärische Angriffe in der Region verhandelt werden. Die Staaten der Europäischen Union werden ausloten, wie weit eine eigenständige Kriegspolitik militärisch machbar und politisch durchsetzbar ist, die USA werden die NATO als Instrument ihrer Kriegspolitik wieder stärker ins Gespräch bringen.
Doch in München werden nicht nur Kriege vorbereitet. Es wird auch eine globale Gesellschaftsordnung abgesichert und legitimiert, die auf systematischem Ausschluss, auf Ausbeutung und der Aneignung von Ressourcen basiert. Ein Zustand der nur durch Kriege garantiert werden kann. Was ist das für ein "Frieden", der nur durch Kriege aufrechterhalten werden kann?

München 2004: Für einen radikalen Widerstand im eigenen Land

Waren 2001 nur wenige Linke auf der Straße, um gegen die Sicherheitskonferenz zu protestieren, demonstrierten 2002 bereits rund 10.000 Menschen. Trotz massiver medialer und politischer Hetze und einem totalen Demonstrationsverbot in der ganzen Stadt fanden Demonstrationen statt. 2003 versuchte der Münchner SPD-Oberbürgermeister im Zuge des beginnenden Irak-Krieges mit einer eigenen Demonstration die Mobilisierung gegen die NATO-Sicherheitskonferenz zu spalten. Dieser Versuch ist nicht gelungen.
Gegen die NATO-Kriegskonferenz und den Irak-Krieg wurde eine internationale, linke Großdemonstration organisiert, die mit 25.000 TeilnehmerInnen die Gemeinsamkeiten zwischen den Bewegungen gegen den Krieg und gegen die kapitalistische Globalisierung dokumentierte. Auch wenn es nicht gelungen ist, nur einen der weltweit ausgetragenen Kriege zu verhindern - obwohl die Proteste gegen den Irak-Krieg quantitativ beispiellos waren - funktionierte die politische Idee, die außerparlamentarischen und emanzipatorischen Kräfte zusammenzubringen.
Eine Gegnerschaft ohne Kompromisse gegen alle imperialistischen Kriege ist Voraussetzung für einen linken Antimilitarismus. Wenn wir Kriege nicht jeweils als Einzelphänomene betrachten, die gleichsam wie Katastrophen über die Welt hereinbrechen, sondern uns darüber im Klaren sind, dass Krieg Ausdruck eines permanenten Krisenmanagements ist, dann muss linke antimilitaristische Politik Ausdruck dieses Verständnisses sein und sich in der alltäglichen Politik widerspiegeln. Antimilitaristische Politik muss vor Ort entwickelt werden, aus den jeweiligen konkreten Verhältnissen.

Global und lokal: antimilitaristisch, radikal, antipatriarchal!

Die Kriege unserer Zeit werden auch geführt, um die Vorherrschaft eines Kapitalismus durchzusetzen und abzusichern, der auf Geschlechterhierarchien, Ausschlüssen, Konkurrenz, Ungleichheiten, Zerstörung und Repression basiert. Es geht dabei auch um die fortwährende Sicherung von Ressourcen und um die Kontrolle von Migrationsbewegungen. Die weltweite Ausbeutung und die Kriegspolitik der führenden kapitalistischen Staaten sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir mobilisieren deshalb wie in den letzten Jah-

ren gemeinsam mit der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung zum Protest gegen das Treffen des World Economic Forum in Davos und die NATO-"Sicherheitskonferenz" in München. Antikapitalismus globalisieren!
Im Jahr 2003 gab es weltweit 43 Kriege, in denen sich die unterschiedlichen Vorgehensweisen zur Absicherung der westlichen Interessen zeigten. Einige Kriege sind herkömmliche militärische Auseinandersetzungen (z.B. Irak) , in einigen übernehmen westlich geführte Söldnerfirmen die Drecksarbeit (z.B. Kolumbien, Nigeria), in anderen werden zur Absicherung der westlichen Interessen lokale Warlords unterstützt (z.B. Afghanistan). Insgesamt geht es um geostrategische Interessen, Einflusssphären, um eine Re-Kolonialisierung der Welt. Es gibt für die "neue Weltordnung", verharmlosend "Globalisierung" genannt, keinen Friedenszustand mehr, der ohne Krieg auskommt: Krieg ist Frieden!
Denn auch wenn das Ende eines Krieges propagiert wird, ist er nicht beendet. Das zeigt sich im Irak. Das nicht nur, weil fast täglich irakische ZivilistInnen und US-amerikanische Soldaten erschossen werden. Mittlerweile sind ganze Teile des Iraks zur No-Go-Area für die dort lebenden Frauen geworden.

Gegen die EU-Militärmacht!

Von den Maastricht-Verträgen über die EU-Gipfel in Köln und Thessaloniki bis zu bilateralen Verhandlungen basteln die Regierenden der verschiedenen EU-Staaten beständig am Aufbau einer eigenständigen Militärmacht. Das tun sie keineswegs, um den USA ein "ziviles Projekt" entgegenzustellen, sondern um sich fit zu machen für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen im Kontext zunehmender innerimperialistischer Konkurrenz.
Um den Ausbau der EU-Truppen zu beschleunigen, haben die europäischen Eliten entschieden, die "Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (ESVP) zu einem Schwerpunkt ihrer Politik zu machen. Konsens besteht über die Aufstellung "glaubwürdiger, verfügbarer, und schlagkräftiger europäischer Streitkräfte ab 2003", wie in Helsinki im Dezember 1999 beschlossen. Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich dazu, Kräfte bis zu einer Stärke von 15 Brigaden (50.000 bis 60.000 Soldaten) rasch verlegbar und bis zu einem Jahr lang vor Ort einsatzfähig zu halten. Dazu sollen die Transportkapazitäten aufgebaut, gemeinsame Planungs-, Führungs-, Beobachtungs- und Kommunikationssysteme geschaffen und ausgebaut werden. Das bedeutet einen Abkoppelungsprozess von der NATO, die in Europa bisher als einzige supranationale Struktur solche Systeme besitzt. Damit nicht alle an der Truppe beteiligten Staaten ihre Zustimmung für den jeweiligen Einsatz geben müssen, wird der Weg der "strukturierten Zusammenarbeit" gewählt. Das bedeutet, nur jene Staaten stimmen ab, die sich an einer "Koalition der Handlungswilligen" beteiligen. Damit wird ein militärisches Kerneuropa möglich, wie es sich schon in der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland entwickelt.
Längst arbeitet die EU an einer eigenen Präventivkriegsdoktrin. Und nach den neuesten "Verteidigungspolitischen Richtlinien" (VPR) soll die Bundeswehr sich an Kriegseinsätzen rund um den Globus beteiligen. Dort heißt es wörtlich: "Künftige Einsätze lassen sich weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geographisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art des Einsatzes."
Für diese Kriegsziele entsteht eine "Europäische Rüstungsagentur", um die Unübersichtlichkeit der verschiedenen Rüstungssysteme zu beenden sowie die Forschung zu intensivieren. Die Zersplitterung der europäischen Rüstungsindustrien mit ihren verschiedenen Projekten soll aufgehoben werden, nicht zuletzt, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. So werden störende nationale Beschränkungen für Rüstungsgüterexporte aufgehoben oder angeglichen und der weltweite Export der Tötungsmaschinen angekurbelt. München ist auch der Ort, an dem die Militär- und Rüstungsindustrielobby zusammenkommt und die Wirksamkeit ihrer neuesten Waffensysteme und Strategien auswertet. Spucken wir ihnen in die Suppe.

Gegen die rot-grüne Kriegspolitik - auf nach München!

Deutschland führt wieder Krieg. Das "Nein" der rot-grünen Bundesregierung zum Krieg war keine Antikriegsposition, sondern der Beginn eines Machtkampfes um die Durchsetzung eigener geostrategischer Interessen. Deutschland ist keine "Zivilmacht", sondern stellt mittlerweile nach den USA das zweitgrößte Kontingent in den weltweiten militärischen Einsätzen. Deutschland war die zentrale logistische Drehscheibe für die US-Kriegsmaschinerie, für Truppen- und Kriegswaffentransporte in die Golf-Region. Die Bundeswehr war und ist mit Unterstützungsleistungen direkt am Krieg beteiligt, insbesondere mit den deutschen Besatzungen in den fliegenden Feuerleitstellen, den AWACS-Flugzeugen, mit deutschen "Fuchs"-Spürpanzern in Kuweit, mit der Bundesmarine am Horn von Afrika und mit tausenden Bundeswehrsoldaten, die zur Bewachung US-amerikanischer Militäreinrichtungen abgestellt waren.
Es ist außerdem die Verantwortung der rot-grünen Regierung, den ersten Krieg nach dem Nationalsozialismus gegen Jugoslawien geführt zu haben. Auch die neuen "Verteidigungspolitischen Richtlinien" der Schröder-Fischer-Regierung schließen "Präventivkriege" mit ein. Die Worte von Verteidigungsminister Struck, dass deutsche Interessen am Hindukusch verteidigt werden, ist Ausdruck des Bestrebens nach einem ungehinderten weltweiten Zugriff auf Ressourcen. Die gesellschaftliche Militarisierung nimmt auf allen Ebenen zu. Mit der Veränderung der Ausrichtung der Bundeswehr wurden nebenbei auch die Lehren aus der Vergangenheit mitentsorgt. "Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus" wurde pervertiert zu der Aussage, dass sich Deutschland

nicht trotz, sondern wegen Auschwitz seiner internationalen Verantwortung stellen und Krieg führen müsse.

Sparpolitik: Spart Euch Euren Krieg

Von allen Seiten wird propagiert, dass "gespart und der Gürtel enger geschnallt werden müsse", dass "wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten". Gespart wird denn auch im Bildungssystem, in der Gesundheitsversorgung, im Sozialversicherungssystem. Das geht einher mit zunehmender Arbeitshetze, Reallohnverlusten, verschärfter Konkurrenz nach sexistischen und rassistischen Ausschlusskriterien sowie steigender Erwerbslosigkeit. Um den Profit des Kapitals abzusichern, werden Gewinne privatisiert, Verluste vergemein-schaftet, die Steuern für Unternehmer gesenkt, kurz gesagt, die "Standortbedingungen verbessert".

Die Verantwortlichen für diese Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben sitzen auch auf der Konferenz in München und planen. All diese Planungen verschlingen Geld. Noch mehr Geld verschlingt die Verwirklichung dieser Planungen. Die Umstrukturierung der Bundeswehr, die Anschaffung neuer Waffensysteme, der Unterhalt der Eingreiftruppen und nicht zuletzt die Militäreinsätze selbst kosten hunderte Milliarden Euro. In Wirklichkeit geht es also um gesellschaftliche Prioritätensetzungen. Es ist unsere Aufgabe, sichtbar zu machen, dass die sogenannten „Sachzwänge" in Wirklichkeit Umverteilungen und Verschiebung in den gesellschaftlichen Prioritäten und Selbstverständlichkeiten sind. Widerstand gegen Sozialkürzungen ist Widerstand gegen Kriege, wenn damit die auch diese gesellschaftlichen Prioritäten und Normalitäten hinterfragt werden. Antworten wir deshalb den Planern in München: Solange nur ein Cent für Dinge ausgegeben wird, deren einziger Zweck es ist, zu zerstören, solange das so ist, kommt uns nicht mit „den Gürtel enger schnallen". Hören wir auf Sozialkürzungen und Militarisierungen - egal wo - zu akzeptieren.

Die militärische Logik brechen

Krieg ist kein gesellschaftliches Schicksal, sondern das Ergebnis politischen Handelns. Die Logik des Krieges bringt immer von Neuem Akteure, Verantwortliche, Profiteure, Verwalter und Zuträger hervor. Sie bekleiden politische Ämter, sie forschen an Universitäten, sie sitzen in den Amts- und Pressestuben. Und sie sitzen in den oberen Etagen der Konzerne. Alle sind interessiert an einem möglichst reibungslosen Ablauf ihrer Kriegsstrategien und dazu muss in der Gesellschaft alles in ihrem Sinne funktionieren. Wie die Logik des Sparzwangs soll auch die militärische Logik in alle Köpfe festgesetzt werden. Eine antimilitaristische Bewegung muss sich dieser militärischen Logik in allen gesellschaftlichen Bereichen widersetzen. Es geht nicht nur um das Militär und militärische Objekte. Eine wirkungsvolle antimilitaristische Bewegung muss Konzerne, NGOs, die sich bereitwillig den Herrschaftsinteressen anbiedern, Medienzentralen, welche die angebliche Notwendigkeit dieser Weltordnung propagieren, Gen-Tech-Firmen und Forschungsinstitute, die die militärische und polizeiliche Aufrüstung vorantreiben, Überwachungszentralen und Flüchtlingsverwaltungsbehörden, die dieser Logik folgen, in das Zentrum ihrer Auseinandersetzung und ihres Handelns rücken. Eine antimilitaristische Bewegung, die eine emanzipatorische gesellschaftliche Veränderung wünscht, muss sich auch der Tatsache stellen, wie tiefgreifend die Geschlechterverhältnisse Kriegslogiken prägen, bzw. wie unser Handeln davon geprägt wird. Kein Krieg ohne Patriarchat!

Dies ist ein Beispiel dafür, wie unhinterfragte Normalitäten all unsere Lebensbereiche durchdringen, unser Denken, Fühlen und Handeln prägen. Revolutionieren wir unsere eigenen Lebensweisen!

Warten wir nicht auf den nächsten Krieg, warten wir nicht auf bessere Zeiten! Ein Krieg bricht nicht plötzlich aus, er wird lange geplant, vorbereitet und in den Köpfen durchgesetzt. Eine antimilitaristische Bewegung muss sich im Alltag entwickeln und verankern, um in der Eskalation den Kriegern ihre Waffen aus der Hand schlagen zu können. Wir werden mit der Demonstration in München unsere kompromisslose GegnerInnenschaft gegen imperialistische Kriege ausdrücken.

- Handeln wir jetzt! Auf zu den Anti-NATO-Aktionen nach München!
- Proteste rund um den Tagungsort Hotel Bayerischer Hof: Freitag 6. Februar 2004, ab 16.00 Uhr
- Internationale Demonstration: Samstag 7. Februar 2004, Beginn 12.00 Uhr Marienplatz

Bundesweite Antimilitaristische Koordination "KriegistFrieden" (KiF)

rechtshilfe comix Teil 4

fortsetzung folgt

zeitung und programm dezember `03

Termine

Di. 2.12. 21:00	RedRedRed Konzert: Lack
Sa. 6.12. 22:00	Homophilias
Sa.13.12. 22:00	FrauenLesben Party
Sa. 20.12. 22:00	Männerfabrik
Mi. 24.12. 23:00	Phunggosapia
Fr. 26.12. 22:00	Reggae-X-Plosion
Sa. 27.12. 22:00	Rosa Disco
Mi. 31.12. 22:00	Sylvester-Party
Fr. 2.1. 22:00	Freiraum
Sa. 3.1.22.00	Lesbischwule Schlagerparty

regelmäßge Termine

Wöchentlich:
Mo. 18.00 Archiv
Mo. 18.00 Crush Hour Concerts
Mo. 20.30 Antifa - Cafe
Do. 17.00 Jugendcafe “Kaluppe“
Do. 18.00 Infoladen Metropole
Do. 18.00 SchülerInnenaktionsbündnis “Swimmy“
Do. 19.00 Vokü
Do. 21.00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:
1. Mi. 20.00 Frauenlesben Kneipe
1. Do. 21:00 Jazz-Cafe
2. Do. 21:00 Sansibar-Kneipe
2. Do. 20.00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20.30 NutzerInnenplenum